

Erhebt täglich außer Sonntag, Abonnement-Preis für Berlin 1 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. ...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pfg. ...

Preis 1 Mark, 10 Pf. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 20. November 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Kommunales aus England.

London, 14. November.

In meinem letzten Briefe berichtete ich über den Beschluß des Londoner Grafschaftsraths, ein Stück des Londoner Straßenbahn-Netzes, nachdem die Konzession für dasselbe abgelaufen, in eigenen Besitz zu übernehmen ...

Der Beschluß des Londoner Grafschaftsraths steht übrigens keineswegs vereinzelt da in England. Eine ganze Reihe von Kommunalverbänden Englands sind bereits im Besitz der Straßenbahnen. Der „Financial Reform Almanac“, herausgegeben von der aus radikalen Freihändlern (!) zusammengesetzten Finanzreform-Gesellschaft, giebt ihre Zahl auf 29 an, darunter Glasgow mit über 30, Liverpool und Manchester mit je über 28 und Birmingham mit gegen 20 englische Meilen. ...

Der Arbeitstag der Kutscher und Kondukteure darf zehn Stunden im Durchschnitt nicht überschreiten. Die Pächter sind gehalten, überall, wo dies nötig, und nach Vereinbarung mit der städtischen Verwaltung, ausreichende sanitäre Veranstaltungen für Kutscher und Kondukteure herzustellen.

Der Finanzreform-Almanach schließt seine mit vielen Zahlen belegte Skizze über die Kommunalisierung der Tramways mit folgenden Worten: „Kommunalisierte Tramways würden in Wahrheit baldige Herbeiführung allgemeiner Penny-Fahrttaxen und eines achtstündigen Arbeitstages bedeuten. Die von Aktiengesellschaften betriebenen Tramways bedeuten durchschnittlich sieben Prozent Dividende für den Kapitalisten und übermäßige Arbeitszeit für den Tramway-Sklaven.“

Was hier von den Straßenbahnen gesagt ist, wird aber immer mehr leitender Grundgedanke bei allen öffentlichen Unternehmungen, die direkt oder indirekt mit der Gemeindeverwaltung in Beziehung stehen. Erstens wird dahin gewirkt, daß die Gemeinden eine nach der anderen dieser Unternehmungen selbst in Betrieb nehmen, und zweitens wird die Anschauung, daß auch die Gemeinde die Arbeitsbedingungen der von ihr oder durch sie beschäftigten Arbeiter nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage zu regeln habe, als veraltet über Bord geworfen. ...

Selbst bei den Neuwahlen zum Londoner Schulrath, die augenblicklich auf der Tagesordnung stehen, spielt die Frage, wie sich der Schulrath als Unternehmer verhalten wird, eine große Rolle. Eine große Anzahl von Kandidaten hat sich verpflichtet, im Schulrath, der ja viel Arbeiten zu vergeben hat, den vorerweiterten Standpunkt innezuhalten.

Es handelt sich da nicht um Sozialismus. Nichts absurder, als solche wirtschaftspolitische Grundgedanke sozialistisch zu nennen. Sie greifen den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft in keiner Weise an. Aber freilich, wer jeden Verlust der Arbeiter, ihre Lage durch energische Ausübung des Koalitionsrechts etwas zu verbessern, wer jeden Streik von vornherein mit dem Blick des Staatsanwalts betrachtet, der wird auch nicht begreifen können, daß man von der Gemeindeverwaltung als wirtschaftlichem Unternehmer etwas

Man sieht, wie weit unsere deutschen Freihandelschreier noch hinter den englischen Freihändlern zurück sind. Die Herren Eugen Richter und Genossen, der ganze auf die „Freisinnige Zeitung“ schwärende Troß der liberalen Berliner Stadtäter, sehen noch heute auf dem Standpunkt, den die Engländer 1870 einnahmen und bilden sich dabei ein, wunderbar vorgeschritten zu sein. ...

Und selbst, wo die Gemeinden die Bahnen nicht selbst betreiben, sondern verpachten, sorgen sie immer mehr dafür, in den Pachtverträgen für erträgliche Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen. So heißt es in dem Pachtvertrag der Stadt Glasgow, der zweitgrößten Stadt im vereinigten Königreich, mit den Pächtern der städtischen Straßenbahn:

ihn dort bleich und mit schlaffen Armen sitzen und konnte nicht umhin, ihn zuzurufen: — Ermuntere Dich, armer Michel, Du hängst wieder Deinen finsternen Gedanken nach.

Mit wenigen Worten setzte sie dieser von dem Vorhaben Marche-Seul's in Kenntniß. Sie war von Herzen gern bereit, diesem Manne einen Dienst zu erweisen, den ihr Sohn bereits versprochen hatte. ...

Einige Augenblicke später hatte der Laden sein gewöhnliches Aussehen wieder erlangt und auch Marche-Seul hatte in seinem Laden die Arbeit mit wildem Eifer wieder aufgenommen. Larivette hatte ihre Zeit ebenfalls nicht verloren; während Robert seine Freunde nicht beherrschen konnte, hatte sie sich in ihr Zimmer eingeschlossen und sich darauf vorbereitet, um 1 Uhr Nachmittags frei zu sein.

Mijoulet genügte, um den Laden zu hüten, während sie sich nach dem Plage St. Sulpice begab. Sie war kampfbereit und ihres Erfolges sicher. Es handelte sich um nichts weniger, als Marche-Seul einen Gefallen zu thun und Charlottens Glück zu sichern, welche sie wie ihre Schwester liebte.

Um 1 1/2 Uhr klingelte sie, mit einem prächtigen Bouquet versehen, in dem die schönsten und duftendsten Blumen der Jahreszeit prangten, an der Pforte der feinen Wohnung, welche Collard's Wittib bewohnte. Der verschmitzte Plan, den sie entworfen hatte, mußte glücken.

Die Thür öffnete sich und eine Rose fragte nach ihrem Begehre, indem sie neugierig die Blumenverkäuferin anschaute.

— Ich bringe, antwortete Larivette verlegen mit gesenkten Augen und furchsamer Stimme, Madame Deshommes das Bouquet.

— Ein Bouquet! Madame hat keins bestellt. Sie ist heut noch gar nicht ausgegangen. Indes, geben Sie es her und treten Sie in das Vorzimmer ein, ich will Ihnen Antwort bringen.

Aber Larivette wich einen Schritt zurück und bemerkte immer noch schüchtern:

— Ich möchte es gern Madame Deshommes selbst abgeben, ich habe mit ihr zu sprechen.

— Aber meine Kleine, sagte spitz abweisend die Jose, ein Mädchen von dreißig Jahren, Madame ist nicht zu sprechen, sie macht Toilette und ist im Begriff auszugehen.

— Und doch muß ich Madame dringend sprechen. — Das ist unmöglich, sage ich Ihnen, geben Sie mir das Bouquet und ich werde Ihnen das Geld bringen.

Larivette wurde zornig und wollte eine scharfe Antwort geben, aber sie beherrschte sich.

— Bitte, sagen Sie Madame Deshommes, daß ich die Blumenverkäuferin vom Place des Victoires bin, die ihr ein Bouquet bringt und sie dringend zu sprechen wünscht.

— Nun, wir wollen sehen, warten Sie!

Larivette trat in das Vorzimmer ein, während die Jose die Thür schloß und in das Nebenzimmer ging. Zwei oder drei Minuten später kam sie zurück. Ihr Aussehen war nicht mehr verlegend.

— Wollen Sie mir folgen, mein Fräulein, Madame erwartet Sie. Larivette folgte ihr. Sie fühlte sich sehr erregt. Jetzt aber war es nötig, daß sie herein ihrer selbst blieb und ihre ganze Kaltblütigkeit bewahrte; sie hatte eine Vertrauens-

Feuilleton.

Manuskript verboten.

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

— Ich verlasse Sie, Michel, da ich es sehr eilig habe und den ganzen Morgen nicht arbeitete; ich muß in meinen Laden zurückkehren.

Aber, sagte er umkehrend, ich vergaß, Sie davon zu benachrichtigen, daß es zur Sicherung meines Plans noch etwas wichtigeres zu thun giebt.

Wir dürfen uns nicht in Ihrem Laden versammeln, sondern es muß dies oben in Ihrer Wohnung geschehen.

Larivette wird allein unten bleiben, die Person zu empfangen, welche wir erwarten. Dieselbe würde nicht eintreten, wenn sie uns alle hier versammelt sähe. Wir werden alle um 7 1/2 Uhr spätestens kommen.

— Teufel! das klingt so geheimnißvoll wie ein Roman von Alexander Dumas.

— Es ist auch in der That ein Roman, sagte Marche-Seul, nur leider ein sehr trauriger.

Sehen Sie, Michel, ich habe viel gelitten, denn man duldet furchtbar, wenn man liebt und alle Hoffnungen eines Tages schwinden und das Herz brechen möchte. Der Uhrmacher konnte nicht antworten, die Worte des alten Revolutionär erregten seinen Schmerz. Er begnügte sich damit, Marche-Seul die Hand zu drücken, der sich niedergeschlagener, düsterer und gebeugter als je entfernte.

Michel fiel in seinen Sessel zurück. Seine Mutter fand

anderes verlangt, als fanatische Beobachtung des heiligen Gebotes: Billig, billig, billig! Die englischen Liberalen sind gewiß keine Umstürzler, aber über die sozialpolitische Weisheit der Berliner Stadtväter, so sich Liberale nennen, sind sie glücklich hinaus.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. November.

Des Fürsten Wille ist Gesetz. An der Thatsache, daß dieser Satz von dem preussischen König und deutschen Kaiser in das Fremdenbuch der Stadt München eingeschrieben wurde, läßt sich nicht mehr zweifeln. Die Frage ist jetzt klar, handelte es sich um eine ernste Willens- und Gebühre, oder um einen Scherz. Erstere wird so ziemlich von der ganzen politischen Presse angenommen. Man erinnert an frühere Neugierungen des Monarchen, die sich in ähnlicher Richtung bewegten. Höchst charakteristisch ist unter solchen Umständen die philosophische oder fatalistische Ruhe, mit der die Sache in der Presse besprochen wird — richtiger nicht besprochen wird. Mit seltenen Ausnahmen ist kein Blatt ernsthaft in den Kern der Frage eingegangen — und fast überall tritt das Bestreben hervor, sich selbst und die Leser über den Ernst der Thatsache hinwegzutäuschen. Auch wir sind nicht der Ansicht, daß jene Worte ein überlegtes Pronuntiament des Absolutismus bedeuten, allein dessemungeachtet eröffnen sie die Perspektive schwerer und langwieriger Verfassungskämpfe und innerer Krisen. Die Grenze der Machtvollkommenheit des Königs ist in Preußen niemals gezogen worden — und Fürst Bismarck hat in den 27 Jahren seines Hausmeierthums — nach dem alten Spruch: der König absolut, wenn er seinen Willen thut — sein Möglichstes gethan, um das persönliche Regiment des Monarchen zur Geltung zu bringen und die Befugnisse der Volksoberleitung (Landtag wie Reichstag) auf Null herabzudrücken. Die preussische Monarchie ist niemals eine konstitutionelle — geschweige denn eine parlamentarische — in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes gewesen. Der Konstitutionalismus war stets nur geduldet; und das deutsche Bürgerthum, dessen „Revolution“ im Jahre 1848 so kläglich gescheitert ist, hat zu keiner Zeit den Muth gehabt, den Streit um die Macht zum Austrag zu bringen und die Befugnisse der Monarchie scharf zu umkreisen. Aus Feigheit — mit der Taktik des Vogel Strauß, der vor der nahenden Gefahr den Kopf in den Sand steckt — kenne ich unser Bürgerthum die Augen zu, hoffend, daß die Gefahr, die es schlau nicht sehen wollte, dadurch auch aus der Welt geschafft werde.

So wurde der „Konflikt“, der in der Luft lag, von Jahr zu Jahr hinaus geschoben, — denn der „große Konflikt“ der Sechziger Jahre verlief sich im Sand — und jetzt, da der Monarch die letzte Konsequenz des persönlichen Regiments rückhaltlos auspricht, wagt das Bürgerthum nicht, den Handschuh anzunehmen und stellt sich wieder blind. Mit dieser Vogel-Strauß-Taktik siegt man nicht, und man wendet mit ihr auch nicht den Kampf ab.

Der Herr Bökler meint, die „Stimme des Volks“ sei das oberste Gesetz. Wenn Herr Bökler aus den rückständigen Gegenden, in denen er seine Heterieen betreiben darf, sich einmal herauswagen und von politischem Schutz absehen will, wird er das „oberste Gesetz“, welches die „Stimme des Volks“ ihm auferlegen wird, schwerlich nach seinem Geschmack finden.

Der Gesetzentwurf auf Abänderung des Verfassungsartikels über die Immunität der Abgeordneten während der Verlegung des Reichstages geht in seiner Begründung der Frage, was den heute Richtens sei, vollständig aus dem Wege. Sie erwähnt nur, daß die Gerichte die Frage verschieden beantwortet haben und schwenkt dann von derselben mit folgender Wendung ab:

„Mögen nun auch derjenigen Auslegung des bestehenden Rechtes, welche die Immunitätsbestimmungen für jegliche Verlegung ohne Rücksicht auf dessen Dauer in Anspruch nimmt, beachtenswerthe Gründe zur Seite stehen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß eine so weit reichende Immunität weder ein Bedürfnis noch auch unbedenklich ist.“

Der Reichstag wird bei der wenig mannhafte Haltung seiner überwiegenden Majorität den Regierungsentwürfen

wohl annehmen und es ruhig einstecken, daß ein einstimmiger Beschluß des Reichstages einfach unbeachtet bleibt. Die Würde des Reichstages auch nur gegenüber einem Einzelrichter zu wahren, diese Aufgabe stellt die Mannhaftigkeit des Reichstages schon auf eine zu starke Probe. Das Verhalten des Reichstages gegen eine solche Nichtachtung, wie sie ihm in diesem Falle erwiesen ist, wird nicht ohne Nachwirkung bleiben. Wir werden bald noch weitere Versuche erleben, den Reichstag zu nöthigen, Gesetze und Beschlüsse zu ändern, weil sie von einzelnen Richtern nicht gebilligt werden.

Die Diätenfrage wird den gegenwärtigen Reichstag wieder beschäftigen. Allgemein wird anerkannt, daß die Diätenlosigkeit sich nicht als Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie bewährt hat, selbst der christlich-konservative „Reichsbote“ gesteht dieses zu, will aber nichts desto weniger die Diätenlosigkeit beibehalten wissen, weil sie wenigstens den Schein einer Schutzwehr bestehen läßt, bis das allgemeine gleiche Wahlrecht eine Einschränkung erlitten hat. Der Mangel jeder Mannhaftigkeit bei den bürgerlichen Parteien giebt den reaktionärsten Bestrebungen die Grammatik zu beständiger Bohrerarbeit auf allen Gebieten der bürgerlichen Freiheit. Nicht daß man auf reaktionärer Seite glaubt, jetzt bereits das allgemeine gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, aber man rüttelt daran probeweise mit der Hoffnung auf günstigere Gelegenheit. Nun, das allgemeine gleiche Wahlrecht hat zu tiefe Wurzel im Volke gefaßt, um es, ohne das ganze Staatsleben niederzureißen, ihm wieder entziehen zu können.

Die Interpellation betreffs der Verwendung von aktiven Militärs als Ersatz für streikende Buchdrucker kam heute im sächsischen Landtag zur Verhandlung. Die Thatsache wurde zugegeben, jedoch mit dem Vermerk, daß die Soldaten bloß für rein amtliche Arbeiten verwendet würden. Die Erklärungen der Regierungsvorredner, die nach Puttkamer'schem Muster hinter dem Buchdruckerfreil die Sozialdemokratie und die Hydra der Sozialrevolution erblickten, führten zu scharfen Auseinandersetzungen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten. Seitens dieser wurde im Laufe der Debatte ein Antrag eingebracht, der die Zurückziehung der Soldaten und die Bewilligung der von den Schriftsetzern aufgestellten Forderungen für die zur Herstellung der amtlichen Druckerarbeiten in der Teubner'schen Offizin nothwendige Seherzahl verlangt. Die Sache wird also nochmals zur Debatte gelangen.

Ueber die Alters- und Invalidenversicherung bringt der „Reichsanzeiger“ folgende Zusammenfassung:

Nach den im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, die auf den von den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und der besonderen, vom Bundesrath zugelassenen Kassen-Einrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am Schlusse der ersten zehn Monate seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes (Ende Oktober 1891) die Zahl der erbobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrenten bei den 81 Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und den 8 Kassen-Einrichtungen 162 003.

Von diesen wurden 123 318 Rentenansprüche anerkannt, 26 151 zurückgewiesen und 9986 als unerledigt auf den Monat November übernommen, während die übrigen 3145 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erbobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 17 611, Ostpreußen 16 214, Brandenburg 12 242, Rheinprovinz 10 888, Hannover 9594, Sachsen-Anhalt 8580, Posen 7484, Schleswig-Holstein 6542, Westfalen 6224, Pommern 5687, Westpreußen 5677, Hessen-Rhassau 5557 und Berlin 1715.

Auf die acht Anstalten des Königreichs Bayern kommen 16 211 Altersrenten-Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 6888, auf Württemberg 9647, Baden 9089, Gr. Hessen 8112, beide Mecklenburg 8341, Thüringische Staaten 8327, Oldenburg 688, Braunschweig 1186, Hansestädte 1014, Elb- u. Lothringen 6089 und auf die acht zugelassenen Kassen-Einrichtungen insgesammt 2187.

Von den sämtlichen Ansprüchen sind 165 938 in den neun ersten Monaten des Jahres, 6005 im Laufe des Monats Oktober erhoben worden.

Der Patriotismus der Bourgeoisie geht nur so weit, als ihr Profit mit demselben Hand in Hand geht. Die Schuldenlast des Reichs mag noch so hoch steigen, wenn nur recht hohe Zinsen gezahlt werden. Wenn aber eine

Anleihe nur zu 3 pCt. ausgegeben werden soll, so herrscht Murren auf der ganzen kapitalistischen Linie. Die letzte Anleihe, obwohl sie zu einem Kurse von nur 84,40 pCt. begeben wurde, ist nicht einmal vollgezogen worden, und da jetzt die Regierung wiederum eine dreiprozentige Anleihe ankündigt, so rächt sich die Börse bereits, indem sie auf die bloße Ankündigung die Kurse der vorigen Anleihe herabdrückt. Um die Zinsen der Anleihen zu bezahlen, muß die Arbeit bluten, und der Bedarf oder der Nothstand des Staats macht ihn zum Gegenstand der Bemüherung. Wo der Profit lockt, da borgt das „patriotische“ Kapital selbst dem „Erbfeind“ und liefert ihm Kanonen und Pulver, wenn es auch weiß, daß sie dazu bestimmt sind, gegen das eigene Volk gebraucht zu werden. Die Sozialdemokratie macht Front gegen den Militarismus und auch gegen jede neue Anleihe zu Militärausgaben; zu einer Zeit, wo die Auszucht der Millionäre im Schwange ist, wo nach dem Ausspruche Bismarck's der Regierung nichts erwünschter sein kann, als recht viele Millionäre zu haben, da mag sich die Regierung an diese halten und sie behandeln wie die Juden im Mittelalter, die man auspreßt, wenn sie sich recht vollgelesen hatten. Das Volk ist bereits ausgelesen genug, und Militarismus und Kapitalismus gehen noch immer an seinem Mark.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag soll, wie verlautet, im österreichischen Reichsrath Anfang Januar zur Verathung kommen. Den Deutschen Reichstag soll er noch vor Weihnachten zugehen. Dem deutschen Agrariern macht dieser Vertrag wegen der in demselben an Oesterreich gemachten Zugeständnisse betreffs Ermäßigung der Kornzölle bereits große Kopfschmerzen. Die „Kreuz-Zeitung“ weist darauf hin, daß außer den Ländern, mit welchen jetzt Handelsverträge geschlossen werden, es auch sogenannte Vertragsstaaten giebt, welchen das Recht auf Meistbegünstigung zusteht, d. h. sie dürfen verlangen, daß ihnen alle Zollbegünstigungen eingeräumt werden, welche irgend einem anderen Staate bewilligt werden. Bisher habe Deutschland stets ungehinderten Zutritt zu den ausländischen Märkten gehabt und sei dort mit wenigen Ausnahmen nicht schlechter behandelt worden als andere Länder und es habe sich wohl dabei befunden. Wenn nun unsere Getreidezölle nur zu Gunsten Oesterreichs ermäßigt, gegen Rußland, Nordamerika, Ostindien und Australien aber in der bisherigen Höhe erhalten werden sollen — glaube man ernstlich, daß diese offenbare Zurücksetzung dort ruhig hingenommen werden wird? Ein solcher Glaube dürfte sich als Röhlerglaube erweisen. Alle diese Länder, selbst das freihändlerische England, welche der deutschen Einfuhr gegenüber Vergeltung üben. In allen zivilisirten Staaten habe die Gesetzgebung dafür gesorgt, daß solche Vergeltungsmaßregeln sofort und ohne daß es eines besonderen gesetzgeberischen Akts bedarf, in Vollzug gesetzt werden können. In der nordamerikanischen Union siehe diese Befugniß dem Präsidenten zu; derselbe würde in der Lage sein, irgend einen wichtigen deutschen Importartikel, z. B. den deutschen Zucker, ohne Weiteres mit einem hohen Zoll zu belegen, was den Oesterreichern vielleicht recht erwünscht, uns aber keineswegs gleichgültig sein dürfte.

Diese ganze Weisheit hätte nur die „Kreuz-Zeitung“ beherzigen sollen, als wir unsere Schutzpolitik einführen. Was sie ausspricht, bleibt in voller Weise geltend, wenn auch Oesterreich gegenüber der Getreidezoll nicht ermäßigt wird. Und nur diese Bestimmung will sie aus dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag beseitigt sehen. Sie fürchtet eben, daß die Ermäßigung des Getreidezolls Oesterreich gegenüber auch zur allgemeinen Herabsetzung dieses Zolles führen und eine Etappe zur vollständigen Beseitigung desselben bilden dürfte. *Hinc illae lacrimae!*

Ueber den angeblich geplanten Gebietsaustausch zwischen Preußen und Hamburg wird uns aus Hamburg, 18. November, geschrieben: In der letzten Zeit ging in Hamburg und Altona das Gerücht um, zwischen der preussischen Regierung und der Republik Hamburg seien Unterhandlungen angeknüpft über einen gegenseitigen Austausch von Gebiet. In der Presse fand dieses Gerücht theilweise Bestätigung. Es sollte sich dabei um die Abtretung Cuxhavens mit dem Amte Rißebüttel von Seiten Hamburgs an Preußen handeln; außerdem sollten die sogenannten vier Hamburgischen Walddörfer, in Postleitzug gelegene Enclaven, an Preußen fallen. Dagegen sollten

müssen zu erfüllen und einen entscheidenden Kampf zu bestehen, in dem die Freiheit des Geistes ihre einzige und beste Waffe war. Sie spielte ein hohes Spiel. In jenem kleinen Laden hatte sie versichert, daß Madame den Abend zu Michel gehen werde. Ganz hatte sie die Wahrheit allerdings nicht gesagt. Ihr Plan schien unsehbar gelingend zu müssen. Sie hatte von ihrer Zusammenkunft mit der Frau Deshommes nicht zu sprechen gewagt, aber sie hatte sie vorsichtig vorbereitet, indem sie von Charlotten plauderte und auf alle ihre Fragen antwortete. Und sie hatte sich dabei so außerordentlich geschickt benommen, daß Deshommes' Frau endlich den Wunsch geäußert hatte, dieses junge Mädchen, für welche sie sich interessirte, zu sehen. Aus dem Gebörten schloß sie, daß dasselbe in wunderbarer Weise ihrer einzigen Tochter ähnlich sehen mußte, welche, wie sie sagte, vor Jahresfrist gestorben war.

Larivette hatte, um den Eindruck des schlechten Empfanges zu verwischen, den sie ihr bei dem ersten Besuche bereitet hatte, und auch, um keinen Verdacht zu erwecken, Anfangs nicht befehend geantwortet. Sie hatte nur versprochen, mit Charlotte gegen Mittag zu sprechen und ihr vor zwei Uhr Antwort zu sagen. Das war der Zweck ihres Kommens, sie beglückwünschte sich in ihrem Innern, daß sie so vorsichtig Alles vorbereitet hatte.

Mit diesem klaren Bewußtsein trat sie in das Schlafzimmer der Dame, in dem ein Halbmond herrschte. Die Blumenverkäuferin nahm sich nicht die Zeit, die Möbel zu prähen, welche prachtvoll waren. Kaum war sie übrigens eingetreten, als die Dame siederhaft erregt und ungeduldig ihr entgegen kam. Aber bevor sie sprach, befahl sie der Besse, das Zimmer zu verlassen mit dem Bemerkten: Wenden Sie mir, wenn mein Wagen vorgefahren ist. Um sich ganz zu fassen, überreichte Larivette das wunderbare Bouquet; aber die Pseudowittwe betrachtete es kaum. Sie nahm es zwar aus den Händen des Mädchens, aber sie warf es hastig auf ein kleines Tischchen aus der Zeit Ludwigs XVI., welches an der Thür stand.

— Nun! sagte sie zitternd vor Erregung. Larivette schlug die Augen auf und blickte sie voll an.

Sie verstand diese mächtige Erregtheit der Frau nicht, welche Charlotte vollständig fremd war und doch von ihr soviel hören wollte, als ob sie ihre eigene Tochter wäre.

Larivette empfand eine unerklärliche Abneigung gegen sie, und mußte sie doch bewundern, denn ihre Schönheit war trotz ihres Alters immer noch blendend.

Nach einigen Augenblicken des Hörens antwortete sie: — Ich habe Charlotte gesehen, Madame, und habe mit ihr von Ihnen geredet und von Ihrem lebhaften Wunsche sie zu sprechen.

— Was hat sie geantwortet?

— Sie hat lange gezögert, aber als ich ihr sagte, daß Sie sie darum sehen wollten, weil sie Ihrer verstorbenen Tochter gleich, wurde sie ganz traurig und erklärte, daß sie Ihnen den Wunsch nicht abschlagen könne.

— Ah! welches Glück, rief das schlechte Weib aus, indem sie vor Freude zitterte bei dem Gedanken, ihr Kind wiederzusehen und sich an ihren Gatten zu rächen.

— Also sie ist einverstanden; oh! Fräulein, ich werde Sie gut belohnen.

Und wann werde ich Sie wiedersprechen können? fragte sie, immer noch eine Beute Ihrer Erregung, welche sie weder beherrschen, noch verheimlichen konnte.

— Diesen Abend.

— Diesen Abend! Es war ein wahrer Freudenstreich, den sie ausgestoßen hatte. Oh! ich gehe nicht aus. Ich werde sie hier erwarten, und sie näherte sich einer Glocke. Larivette hielt sie mit einer Handbewegung zurück.

— Aber, Madame, sie wird hierher nicht kommen. Wenn ihr Vater, welcher sehr hart ist, dies erfährt, würde er ihr eine schreckliche Szene machen. Deshalb haben wir die Sache anders verabredet. Herr Collard rieth dies.

— Wie, Herr Collard, Sie können ihn also?

— Ja, Madame, ich sah ihn vor kaum einer halben Stunde. Er muß diesen Nachmittag aus Paris verreisen, aber er wird am Abend zurück sein und er sagte nur, er wünsche Sie gegen 11 Uhr zu sprechen.

— Und wo soll dann das Rendez-vous stattfinden?

— Rue St. Placide Nr. 25. Sie werden in den Laden

eines Uhrmachers eintreten, und ich werde Sie erwarten; auch Charlotte wird da sein.

Und ohne der Frau Zeit zu lassen, sagte sie hinzu:

— Dieser Handwerker ist ein Freund des Herrn Collard und wir werden allein sein, denn er wird sich entfernen. Mich hat er beauftragt, seinen Laden bis 10 Uhr zu bewachen.

Die Frau, trunken vor Glück, reichte ich ihr ein Goldstück, welches Larivette nicht zurückweisen wagte, weil sie Verdacht zu erregen fürchtete.

— Danke, Fräulein, diesen Abend sehe ich Sie in der Rue St. Placide wieder.

Sie hatte große Lust, die Blumenverkäuferin zu umarmen; aber diese ließ ihr, da sie ihre Absicht abate, nicht die Zeit dazu. Sie verließ vielmehr mit tiefer Verbeugung das Zimmer. Auf dem Plage wieder angekommen, sah sie triumphirend vor sich hin; aber das Goldstück brannte ihr in den Fingern. Unter den zahlreichen Bettlern, welche sich vor der Kirche St. Sulpice befanden, bemerkte sie eine alte blinde Frau, sie warf das Goldstück in ihren Schooß und entfernte sich mit den Worten:

— Die Sache soll entschieden werden. Auf Wiedersehen, heut Abend, schöne Frau!

Es ist ungefähr halb acht Uhr. Michel Ferrand und seine Mutter nehmen ihr beiseitiges Abendrot zu sich. Sie sind in demselben Zimmer, in dem wir am Anfang unserer Geschichte Robert, den Esion Collard und den General antraten. Dort suchte dieser, geführt von Collard, sich die sozialistischen und revolutionären Republikaner auf, welche sich in dem Souterrain auf dem Place des Victoires versammelten, das unter dem Laden Larivettes lag.

Der Uhrmacher und seine Mutter sind schweigend und traurig. Der Uhrmacher ist es, weil er nicht als je an Charlotte denkt und weiß, daß sie für ihn verloren ist; seine Mutter ist es, weil sie um so mehr leidet, da sie die Ursache seiner Verzweiflung nicht kennt. Beide haben wenig gesprochen und wenig geessen; kaum wagen sie es, sich anzublicken, denn sie haben beide Lust zu weinen.

Altona und Ottenen mit der Stadt Hamburg vereinigt werden. Der „Hamburger Korrespondent“ brachte darauf zwar eine anscheinend offiziöse Mittheilung, welche dahin lautet, daß an maßgebender Stelle von solchen Verhandlungen nichts bekannt sei, aber solche Erklärungen wollen ja in der Regel wenig bedeuten; sie erfolgen jedes Mal, sobald Geheimnisse der Regierungen in die Öffentlichkeit bringen, bis der betreffende Plan als vollendete Thatsache zu Tage tritt. Das erwähnte Gerücht hat etwas Wahrscheinliches. Da geplant wird Cuxhaven zu einem großen Marinehafen umzugestalten, vielleicht schon zugleich mit Fertigstellung des Norddeutschen Ozeanals, so liegt der Wunsch der Erwerbung Cuxhavens seitens Preußens nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit und wenn die Regierung des mächtigen Nachbarn einmal etwas ernstlich will, so wird das kleine Hamburg so lange gedrängt, bis es nachgibt, wie daselbst ja auch bei der Frage des Hollenschlusses der Fall war. Da nun zumal an einflussreichster Stelle in Preußen und im Reich ein außerordentliches Interesse für Alles, was mit der Kriegsstotte zusammenhängt, obwaltet, so gewinnt das Projekt sehr an Wahrscheinlichkeit. Hamburg würde seinen Hafen an der Mündung der Elbe, zu dessen Erweiterung und Ausbau für die größten Ozeandampfer erst unlängst bedeutende Mittel bewilligt wurden, gewiß nicht missen, denn ein Kriegs- und ein Handelshafen vertragen sich nicht gut mit einander. Als Beweis kann vielleicht Kiel dienen, dessen Seehandel seit der Zeit, als es eine Hauptmarinestation geworden ist, bis zur Unbedeutendheit herabsank. Die Altonaer dagegen würden gewiß mit Freude Hamburger werden, schon aus dem Grunde, weil sie hoffen dürften, daß ihre hohe Steuerlast sich dann auf mehr Schultern vertheilen würde. Altona hat wie früher unter der dänischen, so auch später unter der preussischen Verwaltung stets das un dankbare Versehen verfolgt, Hamburg als Seehafen Konkurrenz machen zu wollen. So hat man auch unter der Bürgermeisterei des Herrn Adies, jetzt in Frankfurt a. M., kostspielige Hafenbauten ausgeführt, die unzulänglich und fehlerhaft in ihrer Anlage der Stadt Altona eine bedeutende Schuldlast aufhalsen, ohne ihr irgendwelchen Nutzen zu bringen. Altona war von jeher und auch jetzt trotz ihrer Einwohnerzahl von über 120 000 nur eine vergrößerte Vorstadt Hamburgs, die Vereinigung beider Städte wäre daher das Allernatürlichste. Für Altona wäre es nur Gewinn, Hamburg würde pekuniär freilich Opfer zu bringen haben, aber sich dafür auch nach Bedürfnis weiter ausdehnen können. Ob die Verhandlungen über diese gegenseitigen Gebietsabtretungen wirklich stattfinden oder statgefunden haben, muß die nächste Zukunft lehren. Vielleicht findet sich bei der Berathung des Marine-Etats im Reichstage demnächst Gelegenheit zu einer Interpellation in dieser Angelegenheit.

Die staatsbürgerliche Ehre, die Gewissenhaftigkeit der Baare und Genossen sieht die „Kölnische Zeitung“ durch das neue preussische Einkommensteuergesetz gefährdet. Selbstverständlich verallgemeinert die „Kölnische“ ihren Baare, indem sie von ihm als dem Normal-Bourgeois spricht. Die Bestimmungen über die Selbstabschätzung und die Strafen für falsche Angaben sind allerdings sehr peinlich für die Kreise, deren Geflogenheiten in dem hochmuthigen Prozess enthalten sind. Das Gesetz ist nun einmal da, und die „Kölnische Zeitung“ hofft nur, daß man es milde handhaben und ein Auge zudrücken werde. Die Zeiten seien schlecht für die meisten Gewerbetreibenden, Rentner und Landwirthe, deren Einnahmen sich verringern, und das neue Gesetz verlangt noch obendrein, daß sie auch nach ihrem wälschen Einkommen eingeschätzt werden. So wird das Gesetz doppelt drückend empfunden werden und die Steuer-Einschätzungsbedürden werden wohl thun, die zu erwartende weitgehende Nichtstimmung nicht noch dadurch zu verschärfen und zu vertiefen, daß sie dem Steuerpflichtigen über das im Gesetz begründete, an sich schon viel zu weit getriebene Maß von Mißtrauen hinaus begegnen. Das könnte den Bestand des Gesetzes in seiner jetzigen Gestalt ernstlich gefährden.

Dieser Klage des Kapitalistenorgans über die nur etwas höhere Heranziehung zu einer verhältnismäßig geringen Steuer, die in unserem Steuersystem doch nur als eine Art „Kaufsteuer“ angesehen wird, halte man gegenüber die Gleichgültigkeit, mit der daselbst die ungeheure Belastung der großen Volksmassen ansieht und billigt, eine Belastung, die sich progressionsmäßig nach unten zu steigert, so daß sie der Laden des Schaufensters ist bereits heruntergelassen und nur eine kleine rauchende Lampe beleuchtet den Laden. Die Klingel ertönt vibrierend durch die Stille des Hauses. Während Michels Mutter sich beeilt, den Tisch abzuräumen, steigt dieser die Treppe hinab, um die Thür zu öffnen.

— Guten Abend, Herr Michel!

— Guten Abend, Burger Michel!

Larivette und Mijoulet sind es, welche zuerst eintriffen.

— Guten Abend, meine Freunde, antwortete der Uhrmacher mit erster Stimme und reichte den beiden Verlehten herzlich seine Hände; Ihr seid die Ersten, fügte er hinzu.

Aber als er eben diese Worte gesprochen, ertönte ein lebhafter, fester Schritt auf dem Trottoir und noch, ehe er die Thür schließen kann, fühlt er von außen einen kräftigen Gegenstoß an dieser.

— Warte, Michel, lasse mich nicht draußen auf der Straße.

— Ah, Robert! Und der junge Offizier tritt lachend ein.

Michel reichte ihm die Hand, aber Robert umarmte ihn herzlich.

— Ah, Michel, laß mich Dich umarmen!

Wenn Du wüßtest, wie glücklich ich bin!

Darauf drückt er Larivette und Mijoulet die Hand.

Der Uhrmacher stand bleich wie ein Todter und schloß hastig die Thür.

Er sah die den grausamen Stich, der soeben sein Herz getroffen und glaubte umsinken zu müssen.

Robert wollte auf seinen Freund zuspringen, als er dessen Schwäche ermette.

— Was fehlt Dir, Michel? Du siehst kreideweiß aus. Ist Du krank? Ich weiß, daß Du Dich schwach fühlst und daß die verdamnte Wunde in der Schulter daran die Schuld trägt.

— Meiner Tren, ja, antwortete Michel lebhaft. Das Wetter ändert sich wahrscheinlich, es wird regnen. Ich

bei den Kermiden und Glendesten wohl bis zu 25 pCt. ihres Einkommens steigt. Hierfür hat die Kölnische kein Gefühl der Entrüstung, wohl aber dafür, daß die 4 pCt. der Einkommensteuer der Millionäre richtig berechnet würden. Da hofft sie, daß die Beamten der Steuereinschätzung den Kapitalisten zu Liebe ein menschliches Mäßen verspüren und ihnen etwas Steuerhinterziehung nachsehen würden. Das wäre eben der Fall, wenn gegenüber den Baare und Genossen nicht das größte „Mißtrauen“ beobachtet würde — zu weit kann es nicht getrieben werden.

Die Deportation als Strafmaß empfiehlt ein Karl von der Hentdt im „Deutschen Wochenblatt“. Durch richterliches Urtheil soll außer der Freiheitsstrafe auf Zulässigkeit der Verbannung in die Kolonie erkannt werden können. Von den „Segnungen“ unserer Kolonien verspüren wir bis heute nichts, als das Heranwachsen eines dreisten, anmaßlichen Streberthums, das, weil es in Afrika den Herrn gespielt hat, mit seinen Geflogenheiten nun auch das Heimatland beglücken will. Diese Herren, welche ihre Abenteuerlust und ihr in Deutschland unbefriedigtes Streberthum nach Afrika geführt hat, sollte man vor ihrer Rückkehr stets erst desinfectiren, indem man sie auf längere Zeit in eine Kulturanstalt brächte, in der man sie zur Geistesheilung und Menschlichkeit und vor allem auch zu der Bescheidenheit erziehen müßte, um ihre Beglückungs- und Reformpläne nicht aufdrängen zu wollen. Wir haben im Deutschen Reich schon vollauf Druck und Ausbeutung, um uns nicht noch die afrikanische Sklavenhalterweise importiren zu lassen.

Von weiteren Schritten zur **Russifizierung der Ostprovinzen** wird telegraphisch berichtet: Laut Verfügung des Unterrichtsministers soll die Aufhebung der Sonderstellung der Vorpater Universität beschleunigt und dieselbe hinsichtlich der Organisation und Unterrichtssprache den rein russischen Universitäten gleichgestellt werden. Da die Russifizierung des deutschen Mädchen-Schulwesens in den baltischen Provinzen den von der Regierung gewünschten Erfolg bisher nicht erzielt hat, sind vom Ministerium der Volksaufklärung schärfere Aufsichtsmäßigkeiten erlassen worden. Soeben ist ein Gesetz veröffentlicht worden, wonach für jede deutsche Mädchenschule in Livland, Estland und Kurland ein besonderer Kurator, der aus der Zahl der Direktoren und Inspektoren der örtlichen Knabenschulen zu wählen ist, angestellt wird, die Kuratoren sollen aufs strengste darauf achten, daß die bestehenden Bestimmungen über die Russifizierung der weiblichen Jugend erfüllt werden. — Der „Moskauer Zeitung“ meldet man, daß Maßregeln bevorstehen, wonach die Zahl der deutschen Rechtsanwälte bei den baltischen Gerichten in bedeutendem Maße verringert werden soll.

Parlamentarisches.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Novelle zum Krankenkassengesetz, welche zur zweiten Lesung kam. Die Debatte zu § 1 nahm, wie es bei fast allen zweiten Lesungen passirt, mehr den Charakter einer Generaldiskussion an, wobei die Redner des Reichstags ihr oft gehörtes Sprüchlein gegen den Kassenzwang, zum, wir wissen nicht wievielten Male, noch einmal heragogen. Im Speziellen handelte es sich bei § 1 darum, ob die Versicherungspflicht auch auf die Handlungsgehilfen ausgedehnt werden solle. Von freisinniger Seite wurden nicht weniger als fünf Redner gegen diese Bestimmung ins Treffen geführt und alle die alten, hundert Mal schon widerlegten Gründe wiederholt. Daß alle urtheilsfähigen Kreise im Kaufmannstande selbst für Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das Handelsgewerbe sind, das genirt die Meyer, Goldschmidt und Eberth nicht in geringstem. Nach St. Mantheyer ist die Zwangsversicherung vom Uebel und damit Vorka! Am verständigsten beurtheilte noch der Abgeordnete Schrader die ganze Frage, welcher wohl auch nur gegen den Paragraphen stimmte, weil er wußte, daß er trotzdem angenommen werden würde.

Von unseren Abgeordneten war ein ganz neu formulirter Paragraph beantragt, welcher die Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen“ sowie auf die Hausindustriellen ausdehnen will. Dieser Antrag wurde von dem Abgeordneten für Bremen, J. Bruns, in sehr sachlicher klarer Weise begründet und führte der Redner besonders den Herren von der Rechten zu Gemüthe, ihrer Begeisterung für die Sozialreform dadurch einen praktischen Ausdruck zu geben, daß sie die geringen Wohlthäten derselben auch den ländlichen Proletariern zu Gute kommen lassen. Natürlich fanden diese Ausführungen bei den Herrn Junkern nur taube Ohren. Das Gefinde auf dem Lande extreme sich ja noch der Günst

bin in der That leidend. Außerdem habe ich mich heut ein wenig angestrengt.

Aber bleiben wir nicht hier, sondern steigen wir in das Zimmer hinauf, das wird kläger sein.

Larivette ging in den Laden hinab, um, wie verabredet, zu warten.

Die Freunde begrüßten, als sie in dem oberen Stockwerk angekommen, die Mutter des Uhrmachers herzlich und nahmen auf den Stühlen Platz, welche rings um den Tisch standen.

Michel allein setzte sich in eine Ecke, wo der Lichtschein der Lampe sein Gesicht beschattete.

Sie schwiegen und warteten.

Robert hatte soviel zu sagen, daß er gern sprechen möchte, er war so glücklich und wagte doch das Schweigen nicht zu unterbrechen.

Das Verhalten, die Traurigkeit und Kälte seines Freundes waren ihm unerklärlich.

Er empfand das egoistische Gefühl glücklicher Menschen, welche darüber erkannt sind, daß sie in den Augen ihrer Umgebung nicht dieselbe Freunde glänzen sehen. Aber es schloß auf den verschiedenen Uhren, welche sich in dem Laden und in dem Zimmer befanden, 8 Uhr.

Ungeachtet des Ernstes der Situation kam Mijoulet nicht umhin Larivette lächelnd anzusehen.

— Gorch, wie genau die Uhren gehen!

Dieser Ruf rief auf den Lippen aller ein Lächeln hervor.

Kaum ist der letzte Schlag verklungen, als die Thürglocke erschallt.

— Ah! Da kommt Herr Deshommes, sagt Larivette, lassen Sie sich nicht stören, ich werde öffnen und unten bleiben. Und die kleine Blumenhändlerin eilt leichtfüßig hinab.

Robert Quibal, welcher sich nicht beherrschen konnte, eilt an die Thür, während Michel unfähig eine Bewegung zu machen, sitzen bleibt.

Robert sah sich sehr enttäuscht, es überläßt ihn kalt, wie das Wasser einer Douche.

(Fortsetzung folgt.)

„patriarchalischer Einrichtungen“, belehrte uns Herr Spahn vom Centrum und da bedürfte es einer Neuregelung der Krankenversorgung nicht. Man muß wirklich ein so frommer Gottesmann sein, wie Herr Spahn es ist, um solche faulstidige — Wahrheiten, ohne anzustößen, herzusagen zu können. Singer gab der freisinnigen Schönfärberei gegenüber ein Bild der wirklichen Lage der Handlungsgehilfen und Konstatirte er besonders die Thatsache, daß von den ca. 600 000 Handlungsgehilfen z. kaum 40 000 den mit Kassenrichtungen versehenen freiwilligen Vereinigungen angehörten. Diese Ausführungen schienen dem Abgeordneten Alex. Meyer den Humor verdorben zu haben, denn anstatt gute Miße zu machen, wie es das Haus von diesem Redner gewohnt ist, wurde er pathetisch und fiel damit gründlich ab. Bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Abgeordneten abgelehnt, ebenso die freisinnigen Anträge und der § 1 mit allen Stimmen gegen die der freisinnigen Partei angenommen.

Der Reichstag wird zunächst neben der zweiten Lesung der Krankenkassen-Novelle eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigen und dann am Freitag nächster Woche mit der Berathung des Etats beginnen.

Korrespondenzen und Parteiuadrachten.

Auch bei den Stadtverordnetenwahlen in Luckenwalde hat die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg errungen. Alle drei Kandidaten der Arbeiterpartei, Gerischer, Hellfinger und Rades wurden mit großer Majorität gewählt. Darob lange Geschicht bei der Bourgeoisie und Erstaunen selbst bei unseren Genossen. Es war erheben anzusehen, wie die Proletarier sozusagen Schlag auf Schlag für unsere Genossen stimmten. Dieser Sieg wird die dortigen Parteigenossen zu neuen Anstrengungen anspornen und Luckenwalde wieder das werden was es vor dem unglückseligen Gutmacherstreik war, eine Hochburg der Sozialdemokratie!

In Spandau hatten zu den Wahlen der dritten Abtheilung der Stadtverordneten unsere Parteigenossen zwei Kandidaten und die Arbeiter der königlichen Institute vier Kandidaten aufgestellt. Sämmtliche sechs Kandidaten wurden gewählt und somit die Kandidaten des Bürgerthums sämmtlich geschlagen. Von 1188 abgegebenen Stimmen wurden für die Kandidaten der Arbeiter nach den vorläufigen Ermittlungen 748—867 Stimmen abgegeben.

Nicht nur vier, sondern fünfmal kommen bei den Gemeindevahlen in Langenbielau unsere Kandidaten in die Stichwahl.

Eine Volksversammlung in Binneberg erklärte sich nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Wollenbuhr einstimmig mit den Beschlüssen des Erfurter Parteitages sowie des Brüsseler Kongresses vollständig einverstanden und versprach mit allen den Arbeitern zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung der Beschlüsse einzutreten.

Die Dresdener Sozialdemokratie erklärte sich in ihrer Verammlung am 9. November mit den Beschlüssen des Erfurter Parteitages, sowie der Haltung der Delegirten gegenüber der sogenannten Berliner Opposition einverstanden.

Zustimmungserklärungen zu den Parteitagsbeschlüssen. Burgludt, Ewing (Weßfalen), Barmen, Wald bei Solingen, Annaberg, Jähr.

Todtenliste der Partei. In Offenburg verstarb vorige Woche der Parteigenosse Otto Schott, 23 Jahre alt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Kachen wurde der Vertrauensmann Heinrich Schmitz wegen Erhebung von Eintrittsgeld vom Schöffengericht zu 6 Mark Geldstrafe verurtheilt. Berufung ist eingelegt. Freier soll derselbe bei Verurtheilung des Urtheils gelacht oder wenigstens geschelt haben; er wurde deshalb zu einer sofort anzutretenden Haftstrafe von 24 Stunden wegen „ungehörlichen Betragens“ verurtheilt. Sein Angebot, 100 Mark Kaution stellen zu wollen, um der sofortigen Inhaftnahme zu entgehen, war vergebens.

Soziale Ueberblick.

In der Unterredung, welche der französische Minister Yves Guyot mit den Vertretern der Kohlengruben-Gesellschaft hatte, erklärten die letzteren, die Lage der Bergwerke erlaube keine Erhöhung der Löhne. Eine Berufung auf den Dividendenhang der Aktionäre würde jedenfalls genauer gewesen sein. In den Streikdistrikten nimmt die Wahrung unter den Arbeitern zu. Der Telegraph meldet Zusammenstöße, welche zwischen streikenden und nichtstreikenden Arbeitern vorgekommen sind.

In Marseille nahmen die Arbeiter der Zündholz-Fabrik die Arbeit wieder auf.

In Roubaix haben die Weber der Firma Battel die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die beanpruchte Erhöhung des Lohnes abgelehnt wurde.

In London haben sich die beiden größten Buchbinderer, Waterlow und Son und Shaw und Co., geweigert, den Achtstundentag einzuführen und die regelmäßige Ueberarbeit abzuschaffen. Die Gehilfen beider Firmen haben deshalb die Arbeit niedergelegt. Die Gewerkschaft, welche 35 000 Mitglieder zählt, hat den Ausstand gutgeheißen und unterstützt die Streikenden wöchentlich mit 1 Pfd. Sterl. Die Buchbinder ganz Englands sind aufgefodert worden, bei jenen Firmen nicht in Arbeit zu treten. Wir richten denselben Appell an sämmtliche Buchbinder-Arbeiter Deutschlands. Es gilt ein hohes Ziel, den Achtstundentag zu verwirklichen, dessen Durchführung vielen Arbeitslosen Brot verschafft; um so größer wäre die Schmach, wenn sich etwa deutsche Arbeiter zu Streikbrecher-Diensten herabwürdigen würden. Bemerkte mich übrigens noch werden, daß nach einer früheren Meldung die friedliche Durchführung des Achtstundentages im Buchbinder-Gewerbe Londons in Aussicht stand. Da schon die beiden größten Firmen Londons sich der Einführung widersetzen, steht zu befürchten, daß auch die anderen Firmen diesem Beispiel folgen werden. Deshalb mögen die Organisationen der deutschen Buchbinder-Arbeiter vor dem Zugang nach London eindringlichst warnen.

Dividende und Arbeitslohn. Während die Arbeiter der Mühlen in Jälsow-Stettin bei 2,50 M. in der neuen Mühle daselbst sogar bei nur 2 M. Tagelohn ein einflussreiches Dasein fristen müssen, strichen z. B. die Aktionäre der dortigen Walmühle in den Jahren 1883—86 jährlich 26 1/2 pCt., in der Periode von 1887—90 gar 30 pCt. Dividende jährlich ein — nach reichlichen Abschreibungen.

Die Aktionäre sind natürlich meist Leute, welche von der Mälerei ebensoviel verstehen, wie der Schornsteinfeger von der Weisheitslehre.

Um so einleuchtender ist es, daß eine Wirtschaftsordnung, welche solche Ungerechtigkeit mit sich bringt, abgeschafft werden muß und zwar so bald als möglich.

Theater.

Freitag, 20. November.
Opernhaus. Cavalleria rusticana.
 Vorher: Doktor und Apotheker.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.
Deutsches Theater. Torquato Tasso.
Berliner Theater. Die Komödie seiner Durchlaucht.
Festung-Theater. Satisfaktion.
Residenz-Theater. Dr. Jojo. Vorher: Sprechstunden von 1-3 Uhr Nachmittags.
Wallner-Theater. Immer gerüstet! Vorher: Nur drei Worte.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die Salome.
Thomas-Theater. Der Kunst-Vasillus.
Ostend-Theater. Der Trompeter von Sallingen.
Sellealliance-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Komplettsänger.
 Anfangs-Abend 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval. 3 Kegelbahnen 6 Billards, 2 Säfte. 1169L.

Theater der Reichshallen
Mlle Paquerette.
 Tom and Lilly English. Rossbach's plastische Posen, sieben Damen und 2 Herren. U. s. w.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Sonntags 6 1/2 " 75 "

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Admann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pilsener Export-Bier, Sedel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-Panopticum
 und
Theater Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Prinzess Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Präuser's anatomisches MUSEUM
 Kommandantenstr. 80-81.
 tägl. von früh 9 h. Ab. 10
 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf. Militär 25 Pf. 1421L.

Gut geführtes Restaurant
 m. Garten, Kegelbahn, 2 Vereinszimmern, und 1 Saal sofort billig zu verkaufen. Offerten unter K. S. nimmt die Expedition d. „Vorwärts“ entgegen. 908
 Vereinszimmer mit Pianino (bis zu 30 Personen) zu verg. Lichterfeldstr. 1.

Circus Renz.

Freitag, den 20. November.
 Abends 7 1/2 Uhr: **Große Komiker-Vorstellung.** Auftreten der Klowns G. Godlewsky, Paul und William, 3 Gebrüder Briatore, Gebr. Diana, Gebr. Kronemann, S. Wars, Adolf u. Alfred Delboag, Veidemann u. Roscho, Herrmann, Misco etc. in ihren komischen Entrees und Intermezzen. Außerdem: Eine Vergnügungsfahrt mit verschiedenen Hindernissen, originelle höchst komische Szene von der neu engagierten The Elton-Troupe. (5 Personen.) Horaz und Mercur, zusammen vorgeführt von Herrn Ernst Renz (Enkel). Coriolan, geritten von Fräulein Oceana Renz. Auftreten der vorzüglichsten Künstlerinnen u. Künstler.
Zum Schluss der Vorstellung:
 „Auf Helgoland“, oder: „Ebbe und Fluth“, große hydrod. Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit Nationaltänzen (80 Damen), Aufzügen u. Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Rieson-Fontänen mit allerlei Lichteffekten etc., arrangirt und inscenirt vom Direktor E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Gesehwister Johnson. Schluss-Tabelle: Grande Fontaine lumineuse, Niesen-Fontaine in einer Höhe von mehr denn 80 Fass ausstrahlend.
 Täglich: „Auf Helgoland.“
 Sonntag, den 22. d. M. (Totenfest) Abends 7 1/2 Uhr, nur eine Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Harl-Platz, Ecke Pariser.
Freitag, den 20. November, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Slow- und Komikervorstellung. Heute laßt Alles! Besonders hervorzuheben: Die Mähart vom Corps de ballet-Ball mit der Gepäc-Droschke Nr. 1001. Höchst komisch. **Der Löwe zu Pferde** (Parodie), vorgeführt vom Klown Tanti. 6 sache Fahrschule mit zwölf Schulpferden. Amateur-Konkurrenz-Reiten, 100 Mark erhält Derjenige, welcher stehend zu Pferde im Galopp die Manege drei Mal herumreitet. **Doppel-Jockey** Mr. Jos. Bogini und Viktor Bedini. Apertürpiera Saif, vorgeführt von Herrn Max Schumann. **Parforce-Reiterin** Miss Edith Adams. **Potpourry** mit 6 Pferden, dargelegt und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann. **Eine Walpurgisnacht auf dem Glockenberge.** Großes Teufels-Ballet, 20 Damen und 4 Herren. **Romische Entrees** sämtl. Klowns. **Zum Schluss der Vorstellung: Circus unter Wasser.** Eine Nacht in Venedig. Große sensationelle Original-Wasser-Pantomime mit großartigen Licht- und Wasser-Effekten. Wasserfall mit elektrischer und bengalischer Beleuchtung. Kranz um die Manege mit 300 Wasserstrahlen, wasserspeiende Altpferde, Niesen-Fontaine u. c.
 Sonnabend, den 21. November, gr. Gala-Vorstellung. Neues Programm. Auftreten neu engagirter Spezialitäten. Eine ländliche Hochzeit.
 Sonntag (Totensonntag), Abends 7 1/2 Uhr: Große Extra-Vorstellung.

Brauerei Friedrichshain.
 Sonnabend, 28. November 1891:
II. STIFTUNGSFEST
 des Arbeiter-Gesangvereins „Nord“
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
 unter Leitung seines Dirigenten Herrn Malméno.
 Die Musik wird ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker unter Mitwirkung des Dirigenten Herrn G. Schonert.
 Auftreten verschiedener Spezialitäten, sowie des Zitherklubs „Gleichheit“.
 163/8 Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde.
Todtenfest-Vorträge.
 Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saal Rosenhalerstraße 38 (am Hadeschen Markt) Herr E. Vogtherr, und im großen Saal „Königshof“, Pflowstraße 37, Herr Dr. Bruno Wille.
 Gäste (auch Kinder) sind willkommen.
Freie Vereinigung der handwerklichen Hilfsarbeiter
 von Schöneberg u. Umgegend.
 Sonntag, 22. November, Mittags 12 Uhr, in Jakob's Saal, Grunowaldstr. 110:
Große Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Wahl eines ersten Kassiers. 3. Wahl eines zweiten Vorstehenden. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. — Mitglieder werden aufgenommen.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
 121/8 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Gr. Versammlung
 am Freitag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Feuerstein, Alte Jakob-Straße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Welche Eaklik verfolgen wir? 2. Diskussion. 3. Der obligatorische Fortbildungs-Schulunterricht im Handelsgewerbe. 4. Verschiedenes und Zahlung der Mitgliedsbeiträge. — Gäste willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 177/3 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Gr. Versammlung
 am Freitag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Feuerstein, Alte Jakob-Straße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Welche Eaklik verfolgen wir? 2. Diskussion. 3. Der obligatorische Fortbildungs-Schulunterricht im Handelsgewerbe. 4. Verschiedenes und Zahlung der Mitgliedsbeiträge. — Gäste willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 177/3 Der Vorstand.

Buchdrucker!
 Morgen, Sonnabend, den 21. November d. Js.,
 Abends 8 1/2 Uhr:
Allgem. Buchdrucker-Versammlung
 mit Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen
 im großen Saale der „Bock-Brauerei“,
 am Tempelhofer Berg.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Situation. 2. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht, daß alle Kollegen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erscheinen.
Die zugereisten Kollegen sind insbesondere eingeladen.
 Der Einberufer.

Orts-Krankenkasse
 d. Zigarrenmacher, Tabakspinner und Zigarrensortirer.
General-Versammlung
 am Freitag, den 27. November 1891, Abends 8 Uhr, im Restaur. Gollmann, Gipsstraße 11.
 Tages-Ordnung:
 Bericht des Mandanten über den Stand der Kasse. Neuwahl für 6 ausscheidende Vorstandsmitglieder. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung. Abänderung der §§ 12, 18, 45, 47, 60 des Statuts. Wespprechung über freie Herztewahl. Während der Versammlung eingegangene Anträge.
 78b Der Vorstand.

Die General-Versammlung
 der Herren Delegirten der arbeitnehmenden Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Berufsangehörigen in Berlin findet am Sonntag, den 29. November, Vorm. 9 Uhr, im Restaurant Seefeldt, Grenadierstraße Nr. 83, statt.
 Tages-Ordnung:
 Wahl für 2 ausscheidende Mitglieder des Vorstandes.
 Um 10 Uhr:
Kombinierte Generalversammlung
 der Herren Delegirten der arbeitnehmenden und arbeitnehmenden Mitglieder.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 2. Bericht der Kommission über die Regelung der Herztewahl. 3. Wespchlussfassung über die Regelung der Herztewahl. 4. Erhöhung der Beiträge. 5. Antrag auf Abänderung des § 29 des Statuts.
 Das Mandat legitimirt.
 Berlin, den 18. November 1891.
 86b Der Vorstand.
 Carl Thlome, Vorsitzender.

Brauerei Friedrichshain.
 Sonnabend, 28. November 1891:
II. STIFTUNGSFEST
 des Arbeiter-Gesangvereins „Nord“
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
 unter Leitung seines Dirigenten Herrn Malméno.
 Die Musik wird ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker unter Mitwirkung des Dirigenten Herrn G. Schonert.
 Auftreten verschiedener Spezialitäten, sowie des Zitherklubs „Gleichheit“.
 163/8 Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde.
Todtenfest-Vorträge.
 Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saal Rosenhalerstraße 38 (am Hadeschen Markt) Herr E. Vogtherr, und im großen Saal „Königshof“, Pflowstraße 37, Herr Dr. Bruno Wille.
 Gäste (auch Kinder) sind willkommen.
Freie Vereinigung der handwerklichen Hilfsarbeiter
 von Schöneberg u. Umgegend.
 Sonntag, 22. November, Mittags 12 Uhr, in Jakob's Saal, Grunowaldstr. 110:
Große Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Wahl eines ersten Kassiers. 3. Wahl eines zweiten Vorstehenden. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. — Mitglieder werden aufgenommen.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
 121/8 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Gr. Versammlung
 am Freitag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Feuerstein, Alte Jakob-Straße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Welche Eaklik verfolgen wir? 2. Diskussion. 3. Der obligatorische Fortbildungs-Schulunterricht im Handelsgewerbe. 4. Verschiedenes und Zahlung der Mitgliedsbeiträge. — Gäste willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 177/3 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Gr. Versammlung
 am Freitag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Feuerstein, Alte Jakob-Straße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Welche Eaklik verfolgen wir? 2. Diskussion. 3. Der obligatorische Fortbildungs-Schulunterricht im Handelsgewerbe. 4. Verschiedenes und Zahlung der Mitgliedsbeiträge. — Gäste willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 177/3 Der Vorstand.

Fachverein der Tischler „Norden“.
 Montag, den 23. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Uphoff (Kastanienwäldchen), Alt-Plöbbit 89/90.
Große Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vorschlag eines Werkstatt-Kontrollkomitees. 4. Gewerkschaftliches, Verschiedenes und Fragelosen.
 NB. Kollegen! Wieder haben wir müssen des zu schwachen Besuchs wegen resultatlos auseinandergehen. Ist denn der Muth ganz und gar den Kollegen geschwunden, wo soll es denn nur hinführen, wenn wir nicht einmal das uns zunächststehende zu erstreben suchen? Darum, Kollegen, lassen Sie den Appell nicht nochmals umsonst an Sie ergehen, erscheinen Sie alle, Kollegen, vollzählig zu der oben bekannt gegebenen Versammlung.
 Der Bevollmächtigte.

Fachverein der Stellmacher
 Berlins und Umgegend.
 Sonnabend, den 21. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, im „Elysium“, Landsberger Allee Nr. 39-41.
Stiftungsfest
 unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freiheitsglocke“, Mitgl. d. Arb.-E.-V. verbunden mit Ball.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 Das Komitee. J. N. J. Ossar.

Fachverein der Marmor- u. Granitarbeiter.
 Sonntag, 22. Nov., Vorm. Punkt 11 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 48a:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vierteljahres- und Jahres-Abrechnung vom Reservefonds. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 230/8 Der Vorstand.

Achtung! Berliner Böttcher! Achtung!
 Sonntag, den 22. November, Vormittags 10 Uhr, bei Bolzmann, Andreasstr. 26:
Oeffentliche Versammlung
 der Böttcher Berlins und Umgegend.
 Vortrag und Bericht des Delegirten der Streik-Kontrollkommission.
 Um vollzähliges Erscheinen ersucht
 Der Vertrauensmann.

Leseklub „Carl Marx“.
Versammlung für Männer u. Frauen
 am Sonntag, den 22. November, Abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale der Berliner Bockbrauerei am Tempelhof.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Bonadlot Friedländer über: „Eugen Dühring und der deutsche Sozialismus.“ Nachdem gefellige Unterhaltung. Die Eröffnung des Saales findet diesmal erst um 6 Uhr statt.

Allgemeiner deutscher Sattler-Verein.
 Sonnabend, den 21. d. M. Abends 9 Uhr, bei Wienecke (vorm. Reyer), Alte Jakobstraße 83.
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Zadek über: „Syphilis.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Des so lehrreichen Themas wegen ersucht um rege Betheiligung
 265/3 Der Vorstand.

Der Verband der Möbelpolirer
 veranstaltet am Sonntag, den 22. November eine **gesellige Abendunterhaltung** im Saale des Herrn Bolzmann, Andreasstraße 26. Anfang 8 1/2 Uhr, wozu alle Kollegen mit ihren Damen freundlichst eingeladen werden.

Freiender Les- u. Distrikts-Club „Hasenclever“.
 Jeden Sonnabend Abend 8 Uhr bei Anglaube, Reuendorferstraße: Empfangnahme der Beiträge und Bücherwechsel.
 Mitglieder, welche mit Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, ihre Pflicht nachzukommen.
 402/13 Der Vorstand.

Berein der Bau-Angehörigen
 Berlins und Umgegend.
 Aussorordentliche
General-Versammlung
 am 22. Novbr., Vormittags 10 1/2 Uhr bei Pyrek, Gipsstraße Nr. 8.
 Tages-Ordnung:
 Fortsetzung der Statutenberathung und Fragelosen.
 Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Hrn. G. Dyak, Sebastianstraße 18.
 Dr. Hoesch, hombpach, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 9-11.
 264/30

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

121. Sitzung vom 19. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats v. Böttcher. An die Stelle des Abg. v. Nuol, welcher sein Amt als Schriftführer niedergelegt hat, wird der Abg. Krebs durch zum Schriftführer gewählt.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes wegen Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883. Berichterstatter ist der Abg. Werbach.

Nach § 1 der Vorlage soll die Krankenversicherung ausgedehnt werden auf die im Handelsgewerbe, im Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher beschäftigten Personen. Die Kommission hat auch die in den Betrieben der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen für versicherungspflichtig erklärt.

Vom Abg. von Strombeck liegt ein Antrag vor, den gegen § 1 anders zu fassen; es handelt sich aber nur um eine Aufhebung der versicherungspflichtigen Betriebsarten.

Von den Sozialdemokraten (Auer u. Gen.) liegt ein Antrag vor, die Versicherungspflicht auszudehnen auf die Hauswirtschaftlichen und auf die Familienangehörigen, welche nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages beschäftigt werden.

Vom Abg. Hirsch (Dr.) liegt der Antrag vor, die Personale der Anwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten von der Versicherungspflicht auszunehmen, während die Abgg. Ebertz und Goldschmidt in den Ausschluß der Handlungsgehilfen beantragen.

Abg. Goldschmidt (Dr.) empfiehlt diesen letzteren Antrag. Die Handlungsgehilfen ständen nicht den übrigen Klassen der Versicherten gleich; sie wollten dem Zwang auch nicht unterworfen sein. Wenn sie in die Invalidenversicherung aufgenommen seien, so habe er sich damals dagegen ausgesprochen; er beweise noch, daß von Seiten der Handlungsgehilfen irgend welche Ansprüche an die Altersversicherung bereits gestellt seien oder demnächst gestellt werden würden.

Die Handlungsgehilfen haben ja auch sechs wöchentliche Kündigungsfristen; die Prinzipale müssen für sie in Krankheitsfällen sorgen, so daß die bestehenden Krankenkassen nur in sehr wenigen Fällen Unterstützung zu zahlen haben. Die Petitionen von Handlungsgehilfen, welche für den Versicherungszwang eintreten, wünschen dabei die Aufrechterhaltung der freien Hilfsklassen; im übrigen haben nur gewisse politische Motive zur Förderung des Zwanges veranlaßt.

Das Gefühl der Selbständigkeit muß bei den Kaufleuten ausreicht erhalten werden; von diesem Geiste ist das ganze Handelsgesetz durchdringt; deshalb solle man hier die jungen Kaufleute nicht auf die Staatshilfe anweisen und sie unselbständig machen.

Staatssekretär v. Böttcher: Gerade die Anregung aus den Kreisen der Handlungsgehilfen hat die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf sie herbeigeführt. Ob dabei politische Motive maßgebend gewesen sind, mag dahingestellt bleiben. Daß die Handlungsgehilfen der Fürsorge bedürftig sind, ist durch die Invalidenversicherung anerkannt und durch die Möglichkeit, durch Entlastung die Handlungsgehilfen der Krankenversicherung zu unterwerfen. Noth und Elend ist in diesen Kreisen vorhanden und da muß man Fürsorge treffen; die Bedürfnisfrage entscheidet und schließlich ist die Stellung des Handlungsgehilfen eine andere, als die des Arbeiters. Das Selbständigkeitsgefühl wird durch die Krankenversicherung nicht beeinträchtigt. Die bestehenden Klassen können trotzdem ruhig weiter bestehen, sobald sie das Mindestmaß der Leistungen gewähren, welches das Gesetz verlangt.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) empfiehlt seinen Antrag, welcher eine Abänderung der Versicherungspflicht herbeiführen, sondern nur alle diejenigen Personen aufzählen will, welche in Betrieben des Staates und des Reiches, in Gewerbebetrieben und in den Betrieben der Rechtsanwälte u. s. w. beschäftigt sind.

Abg. Bruhns (Soz.): Meine Partei steht dem Versicherungszwang keineswegs feindlich gegenüber und wir sind nur mit der Art der Ausdehnung dieses Zwanges, wie er von der Regierung aus der Mehrheit des Reichstags eingeführt worden ist, nicht einverstanden. Die Zwangsversicherung hätte von vornherein einfacher gestaltet und dem Arbeiter vor allen Dingen mehr Freiheit gelassen werden müssen. Man hätte an die freien Institutionen der Arbeiter anzuknüpfen und höchstens für die indifferenteren und rentierlosen Arbeiter eine Art Zwangsversicherung einzuführen sollen. Im übrigen ist nicht einzusehen, weshalb man den Zwang nicht auf alle Arbeiterkategorien anwenden soll. Werden denn nicht alle Arbeiter unter einem wirtschaftlichen Nothwendigkeit? Wir haben deshalb beantragt, den Versicherungszwang nur auf die ländlichen Arbeiter und die Diensthöfe auszuweiten. Die wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeiter wird nicht erbärmlicher und schlechter, trotz oder wegen der Konkurrenz. Im Falle einer Erkrankung stehen sie schutzlos da. Ebenso wenig sind die Diensthöfe daran, denn nur ein Theil der Arbeiter pflegt sie gegen Krankheit zu versichern. Die Ausdehnung des Versicherungszwanges auch auf die Seeleute erweist sich als notwendig, weil häufig eine infolge von Seerisiken entstehende Krankheit sich erst so spät einstellt, daß der Schiffsbetrieber oder sonstige Unterhaltungsbedienstete nicht mehr in der Lage sind, die Seeleute zu versichern; wenn auch mit Schwierigkeiten, dürfte doch die Krankenversicherung der Seeleute ermöglicht werden können. Ferner wünschen wir auch die im Seehandel beschäftigten nicht, wie die Vorlage will, fakultativ, sondern obligatorisch zu versichern. Dasselbe erweist sich als richtig bei vielen scheinbar selbständigen, in der That aber für größere Betriebe Arbeitenden, namentlich in der Metallbranche. Die Abgrenzung der Versicherungspflichtigkeit bei einem täglichen Einkommen von 60 M. für Betriebsleiter, Handlungsgehilfen u. dgl. sind wir einverstanden. Im Allgemeinen aber möchten auch wir die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen, denn die günstigen Verhältnisse, auf die sich der Antrag Goldschmidt stützt, existieren für eine große Anzahl von Handlungsgehilfen durchaus nicht. Durch den Versicherungszwang wird die Selbständigkeit der Kaufleute durchaus nicht beeinträchtigt, vielmehr die Ausbeutung durch die Prinzipale vermindert zu werden.

Abg. Ebertz (Dr.): Die Annahme des Antrages Strombeck, welche die Sache doch nicht deutlicher machen, daß haben die sozialpolitischen Gesetze der letzten Zeit und ihre Ausführung bewiesen. Der Zwang in gewissen Dingen ist berechtigt, aber wir können den Zwang nie als eine Wohlthat anerkennen, weil dadurch die Entwicklung gehemmt wird. Besonders aber muß der Versicherungszwang der Handlungsgehilfen verworfen werden. Nur ein Theil derselben hat den Zwang verlangt, die überwiegende Mehrheit hat sich dagegen erklärt. Es liegt auch gar kein zureichender Grund vor, gerade diese Klasse dem Zwange zu unterwerfen, höchstens könnte man sagen, daß die Schablone überall gleichmäßig angewendet werden müsse. Die freien Klassen der Handlungsgehilfen können nach diesem Gesetze nicht mehr bestehen, sie würden nur noch Zuschüssen für die Zwangsklasse (Zustimmung links.)

Abg. Müller (natl.): Gewiß soll man die Freiheit nicht

beschränken, wenn es nicht nothwendig ist, aber alle Versuche auf dem Gebiet der sozialpolitischen Fürsorge durch Freiwilligkeit etwas zu schaffen, sind vollständig mißlungen. Die Versicherung der Handlungsgehilfen ist nothwendig, wenn von der bisherigen Möglichkeit der ortstatutarischen Festsetzung der Versicherungspflicht derselben nur wenig Gebrauch gemacht worden ist; vielleicht giebt die Regierung darüber Auskunft. Der Antrag Auer enthält nur eine Zukunftsfrist; er ist jetzt durchaus nicht durchführbar.

Staatssekretär v. Böttcher: Von der Möglichkeit, die Handlungsgehilfen der Versicherungspflicht zu unterwerfen, ist meines Wissens nur wenig Gebrauch gemacht worden. Zahlen darüber liegen mir nicht zu Gebote, ebenso wenig darüber, wieviel Handlungsgehilfen Ansprüche auf Altersrenten erhoben haben. Danach kann auch die Bedürfnisfrage nicht beurtheilt werden, sondern lediglich nach der Lage der Handlungsgehilfen; diese sprechen für den Versicherungszwang. Die freien Klassen verlegen da, wo es den Gehilfen nicht möglich ist, ihnen beizutreten. Eine Einschränkung ihrer Wirksamkeit werden die freien Klassen nicht erfahren, sobald sie das leisten, was das Gesetz mindestens verlangt.

Abg. Hirsch (Dr.): Eine solche Behauptung würde Herr v. Böttcher nicht aufstellen, wenn er mit den freien Klassen Fühlung hätte. Diese erblicken in der Vorlage die Vernichtung ihrer Organisation. Die Stimmung der jungen Kaufleute bezüglich der Krankenversicherung ist eine getheilte. Wenn ein Theil derselben den Versicherungszwang wünscht, warum haben sie sich nicht an die richtige Adresse gewandt, an die Gemeinden, welche das Recht haben, einen solchen Zwang einzuführen. Wenn von diesen Rechte nur wenig Gebrauch gemacht ist, so beweist das, daß ein Bedürfnis nicht vorhanden war. Der Standpunkt des Herrn Müller führt schließlich zur Annahme des sozialdemokratischen Antrages, der alle dem Zwang unterwirft; ja eigentlich müßte man darüber hinausgehen, denn der sozialdemokratische Antrag macht noch Halt vor den 2000 M. Jahresverdienst; eigentlich müßten alle deutschen Staatsbürger versicherungspflichtig gemacht werden. Wenn für Jemand ein Bedürfnis vorhanden ist, dann ist es für die ländlichen Arbeiter mehr vorhanden als für die Handlungsgehilfen. Warum hat man denn davon nicht gedacht, oder fürchtet man sich vor den Großgrundbesitzern? Redner empfiehlt schließlich seinen Antrag wegen Anschließung des Versicherungszwanges für das Personal der Rechtsanwälte, Notare u. Allenfalls könnte man für diese Klassen die Möglichkeit des Versicherungszwanges durch Ortstatut zulassen.

Abg. Synn (Zentr.): In den Kreisen der katholischen Kaufleute hat man sich allgemein für den Versicherungszwang der Handlungsgehilfen ausgesprochen, denn die Verhältnisse haben sich geändert; die Kündigungsfrist ist nicht mehr überall eine sechs wöchentliche, sondern meist eine sehr viel kürzere. Ebenso wie für die Handlungsgehilfen müßte auch für die in den Bureaus der Rechtsanwälte u. s. w. beschäftigten Personen gesorgt werden. Der Antrag Auer schießt über das Ziel hinaus, er trifft auch das Gesunde und die Kaufleute. Das Krankenversicherungsgesetz umfaßt nur solche Personen, deren Verhältnisse durch Reichthum geregelt sind. Die gewerblichen Arbeiter, welche der Gewerbeordnung, und die Kaufleute, welche dem Handelsgesetzbuch unterstellt sind. Die Verhältnisse der Diensthöfe, des Gesundes sind aber durch Landesgesetze geregelt, welche auch für die Fälle der Krankheit Fürsorge treffen.

Abg. Giese (Deutschlos.): Weist darauf hin, daß die Verschärfung der Versicherungspflicht der Betriebsbeamten und Handlungsgehilfen auf diejenigen Personen, welche nicht mehr als 60 M. Verdienst für den Arbeitstag haben, auch auf die Personen zutrifft, welche nach § 2 der fakultativen Versicherung unterworfen sind; Redner beantragt deshalb die hierauf bezügliche Bestimmung als einen besonderen Paragraphen hinter § 2 einzufügen.

Abg. Schrader (Dr.): Die Nothlage der Handlungsgehilfen liegt zum Theil in ihrer Unselbständigkeit, zum Theil darin, daß sie leicht heilenlos werden. Für diesen Fall ist die Versicherung aber ohne jede Bedeutung; denn der beschäftigungslose Handlungsgehilfe kann auch die Versicherung nicht vorziehen. Wenn die Gemeinden die Handlungsgehilfen nicht zwangsweise versichern haben, so liegt das daran, daß diese Novelle zur Krankenversicherung schon seit mehreren Jahren in der Luft schwebt. Der Hauptgrund für die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen liegt in der Invalidenversicherung, nach welcher diejenigen Personen, welche nicht in Krankenkassen sind, Renten nur nach Maßgabe des ortstatutarischen Tagelohns erhalten. Deshalb will man die Handlungsgehilfen in die Krankenkassen hineinbringen. Aber man hilft damit auch nur denen, welche in die Zwangsklassen eintreten, nicht denjenigen, welche den freien Klassen angehören.

Abg. Singer (Soz.): Der Reichstag hätte alle Ursache, den Erdrosselungsversuchen der Vorlage und der Kommission gegen die freien Hilfsklassen energisch gegenüber zu treten. Zu dem Schutz der freien Klassen werden die Freisinnigen uns stets auf ihrer Seite finden. Aber dieser Schutz der freien Hilfsklassen kann uns nicht veranlassen, den Zwangszwang überhaupt aufzuheben. Den Militär- und Schulzwang wollen die Herren Freisinnigen, aber, wenn es sich darum handelt, bestimmten Bevölkerungsklassen Schutz zu gewähren gegen übermäßige Ausbeutung des Unternehmertums, da sind sie nie zu haben. Die Herren verweisen auf das Recht der ortstatutarischen Bestimmungen der Gemeinden. Wenn nun aber die jungen Kaufleute kommen und sagen z. B.: „Du, Gemeinde Berlin, mache einmal von Deinem Rechte Gebrauch“, so können sie sicher sein, daß sie einen ausfallslosen Versuch machen. Diejenigen Gemeinden, die beherrscht sind von dem wirtschaftlichen Geist des Herrn Ebertz werden sich nie und nimmer bereit erklären, dasjenige, was Sie hier als Reichstagsabgeordnete ablehnen, im Wege des Ortstatuts einzuführen. Wir haben in Berlin in den allerletzten Tagen ein kleines Beispiel dafür gehabt. Wir wollten die Vortheile der Fortbildungsschulen obligatorisch für Berlin machen. Dieser Antrag ist selbstverständlich zurückgewiesen worden, und wir haben hier einen kleinen Vorgeschmack von dem, was uns bevorsteht, wenn beantragt werden würde, das Krankenversicherungsgesetz durch Ortstatut auszudehnen. Daß die Handlungsgehilfen nicht nöthig haben, einen Krankenkassenzwang einzuführen und daß die freien Hilfsklassen genügen, ist nicht richtig. Von 3-400 000 jungen Kaufleuten in Deutschland sind nur 30-40 000 Mitglieder freier Hilfsklassen. Wo ein solcher Indifferenzismus, eine solche Indolenz vorhanden ist, hat die Gesamtheit die Verpflichtung, einzugreifen. Allerdings trifft die Handlungsgehilfen nicht allein die Schuld, denn sie werden zum großen Theil schlecht bezahlt und sind mangelhaft gebildet. Jedenfalls steht fest, daß die meisten jungen Kaufleute den Versicherungszwang selbst wollen. Wir hören aus allen Munden der Freisinnigen in den letzten Monaten und heute wieder: „Geht uns Berufsvereine, dann ist die soziale Noth mit einem Male aus der Welt geschafft.“ So werthvoll und vortheilhaft Berufsvereine auch sein mögen, sie können die Schäden, um die es sich hier handelt, nicht aus der Welt schaffen. Wenn man uns Indolenz vorgeworfen hat, weil wir mit unserem Antrag nicht radikal genug seien, so bemerke ich, wir formulieren unsere Anträge so, daß Sie keinen Grund haben, sie abzulehnen. Nehmen Sie dann unsere Anträge

trotzdem ab, so schadet das nicht uns, sondern es beweist, daß Sie selbst unsere praktischen Anträge verworfen und uns die Möglichkeit nehmen, für das Gesetz zu stimmen.

Abg. Hartmann (Konf.): Ich habe früher auch geglaubt, daß wir uns um die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen nicht zu kümmern brauchten, daß das Handelsgesetzbuch ausreichend sei. Nachdem ich aber einer Versammlung der Handlungsgehilfen in Berlin beigewohnt habe, in welcher dieselben verlangten, daß man ihnen das geben solle, was dem ärmsten Fabrikarbeiter gewährt wird, bin ich anderer Meinung geworden.

Abg. Meyer-Berlin (Dr.): In solchen Versammlungen erfährt man auch nicht die volle Wahrheit. Diejenige Versammlung, welcher der Redner beiwohnte, gehörte einer Vereinigung an, welche inzwischen zu Grunde gegangen ist; also darf man nicht schließen auf die wahre Meinung der Majorität der Handlungsgehilfen. Die Freisinnigen sollen in der Freiheit der Berufsvereine die Panacée erblicken, welche allen sozialen Uebeln abhilft. Für die Freiheit der Berufsvereine treten wir ein; wer aber meint, daß wir darin eine Panacée erblicken, der muß in dem Trugschluß befangen sein, daß jeder Mensch an eine Panacée glaubt und danach sucht. Das Charakteristische für uns ist das, daß wir an eine Panacée überhaupt nicht glauben. Wir sind fest überzeugt davon, daß ein absolut vollkommener Zustand sich auf dieser Erde überhaupt nicht verwirklichen läßt. Wir wollen nur, daß es von einem Tage zum andern etwas besser wird, aber ehe wir zu irgend einem Mittel greifen, wollen wir die Sicherheit haben, daß das Mittel nicht zur Verschlechterung führt. Eine Besserung kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Menschen sich bessern, daß sie zunehmen an Einsicht, Energie, Beharrlichkeit und Wirtschaftlichkeit. Redner will auf die Anträge der Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung (betr. die obligatorische Fortbildungsschule) eingehen, wird aber vom Präsidenten zur Sache gerufen und verzichtet auf weitere Ausführung unter Berufung auf Tasso: Sehr leicht gehorcht sich's einem edlen Herrn, der überzeugt, indem er uns gebietet. (Heiterkeit.) Durch die Einführung des Versicherungszwanges für die Handlungsgehilfen wird das, was die freiwilligen Vereine geleistet haben, vernichtet werden, weil die Indolenz dadurch verhärtet wird.

Der Antrag Ebertz-Goldschmidt wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theils der Nationalliberalen; der Antrag v. Strombeck gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt; der Antrag Hirsch wird zurückgezogen; der Antrag Giese abgelehnt gegen die Stimmen der Konservativen, der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

§ 1 wird gegen die Stimmen der Freisinnigen unverändert nach den Anträgen der Kommission angenommen.

Gegen 5 Uhr wird die weitere Verathung auf Freitag 1 Uhr verlagt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oeffentliche Sitzung vom 19. November, Nachmittags 5 Uhr.

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages Stadthagen, betreffend die Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen u. s. w., ist gewählt; zu den Mitgliedern gehört auch der Antragsteller. Vorsitzender ist Direktor Schwalbe.

Zu gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung unter Vorsitz des Oberbürgermeisters findet die Wahl der Einkommensteuer-Verwaltungs-Kommission (38 Mitglieder, 14 Stellvertreter) statt. Die von der gemischten Deputation vorgeschlagenen Personen, deren Liste vertheilt ist, werden auf Antrag Spinola durch Zufall gewählt. Zu den Gewählten gehören Stadth. Tuhauer als Mitglied, Tempel als Stellvertreter.

Der Ausschuss zur Vorbereitung betr. die Errichtung einer zweiten Handwerkererschule hat mit 8 gegen 6 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

Unter Abänderung ihres Beschlusses vom 30. Dezember 1890 nimmt die Versammlung bei dem Bau einer zweiten Handwerkererschule auf dem Grundstücke des ehemaligen Kaiserhauses von der Errichtung besonderer Fachschulen in demselben Gebäude Abstand und sieht der Vorlegung einer anderweitigen Bauplanze entgegen.

Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Magistrat, die Entwicklung der Fachschule in jeder Weise zu unterstützen, sei es durch Einrichtung besonderer Räume in neuen Gebäuden, bezw. durch Mittheilung von Lokalitäten, sei es durch Erweiterung von Fortbildungsschulen, denen Fachschulen angegliedert werden können.

Stadth. Dr. Schwalbe referirt über die eingehenden Ausschussberichter, die zu diesem Beschluß gefaßt haben.

Stadth. Dohlgemuth tritt für den ursprünglichen Beschluß der Versammlung ein, eine zweite Handwerkererschule und Fachschulen auf dem gedachten Grundstücke zu errichten. Der Ausschussantrag sei lediglich die Folge der Befürchtung, daß die geplante Anlage der Wasserstraße die Baufläche zu sehr verkleinern würde. Nach seiner Anschauung sei diese Befürchtung nicht begründet.

Stadth. Gsmann wendet sich gegen die in dem Magistratsbauprogramm in Aussicht genommene ausgedehnte Lehrwerkstätten; er beantragt, eine erhebliche Beschränkung derselben vorzunehmen.

Stadth. Selle warnt vor Verquickung der Fachschule mit der Fortbildungsschule; letztere müsse durchaus selbständig hingestellt werden. Der zweite Theil des Ausschussantrages sei also abzulehnen.

Stadtschulrat Bertram vertheidigt die Magistratsvorlage. Es habe sich darum gehandelt, die bereits bestehenden Fachschulen, die sich bewährt haben, in bessere Räume zu bringen. Dazu gehören unter anderem die Fachschule für Tapezieren, Maler, Glaser, Tischler, die jetzt in gemietheten ungenügenden Räumen zu arbeiten gezwungen seien. Ein prinzipieller Grund dafür, daß in demselben Hause eine Handwerkererschule und Fachschulen nicht untergebracht werden dürften, liege nicht vor.

Stadth. Meyer-I beantragt, dem Bau der Handwerkererschule mit der Klausel zuzustimmen, daß die gleichzeitige Unterbringung von Fachschulen nicht unbedingt erforderlich sein soll.

Der Antrag Dohlgemuth wird angenommen, wonit der Magistrat zugleich angefordert ist, eine neue Bauplanze auch mit Berücksichtigung einer anzuliegenden Uferstraße vorzulegen.

Darauf kommt zur Verathung die Vorlage des Magistrats, betr. Vorkehrungen und Bereitstellung einer außerordentlichen Mittel für den Fall eines im Winter durch Kälte und Thauereis etwa hervorbrechenden Nothstandes.

Die Vorlage hat folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, was folgt: I. Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den

Magistrat: 1. Das städtische Obdach durch Aufstellung von Baracken provisorisch um mindestens 500 Lagerstellen zu erweitern, auch die hierzu erforderlichen Arbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen; — 2. mit Rücksicht auf den erheblich gestiegenen Preis der Lebensmittel und so fern die Teuerung während des Winters andauern sollte, die städtische Armen-Direktion zu ermächtigen, die bisher gezahlten Almosen und Pfllegeelder während der Wintermonate Dezember 1891 bis März 1892 einzufrieren, um je 1/3 ihres Betrages zu erhöhen, auch eine entsprechende Erhöhung bei den außerordentlichen Unterstützungsmitteln einzusetzen zu lassen, und den hierzu erforderlichen Gesamtbetrag in Höhe von 450 000 M. der Armen-Direktion über die ihr für das Etatsjahr 1891/92 angewiesene etatsmäßige Summe hinaus zur Verfügung zu stellen; — 3. bei Eintritt strenger Kälte die Einrichtung von Wärmestuben, die während der Tagesstunden offen stehen sollen, herbeizuführen, soweit dies nicht in einem dem Bedürfnisse entsprechenden Umfange bereits von privater Seite geschieht, auch die hierzu erforderlichen Vorbereitungen dergestalt in die Wege zu leiten, daß die Eröffnung der Wärmestuben rechtzeitig erfolgen kann; — 4) zur Unterstützung der ärmeren Teile der städtischen Bevölkerung entsprechende Bewilligungen aus städtischen Fonds zu gewähren und hierzu den Gesamtbetrag von 400 000 M. zur Verfügung zu stellen. — Die Stadtvorordn. etw. Veränderung ist damit einverstanden, daß zur Durchführung der vorstehend sub 3 und 4 näher bezeichneten Maßnahmen eine besondere, aus 5 Magistratsmitgliedern und 10 Stadtvorordneten bestehende Kommission gemäß § 99 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 bestellt werde, welcher gleichzeitig das Anweisungsbefehl auf die zur Verfügung gestellten Geldmittel übertragen wird. — II. Diejenigen Geldmittel, welche zur Durchführung der in dem Beschlusse zu 1 näher bezeichneten Vorkehrungen und Maßnahmen erforderlich sind, stellt die Stadtvorordn. -Versammlung aus den Ueberschüssen des Haushaltsjahres 1890/91 zur Verfügung.

Der Magistrat hat hiernach die Vorschläge der gemischten Deputation, welche zur Verabreichung der bei Gelegenheit der Erörterung des Haushalts-Antrages der Stadtvorordneten Sings und Genossen zur Annahme gelangten Anträge Senger's niedergelegt war und schriftlichen Bericht erstattet hat, im Wesentlichen unverändert angenommen.

Stadtv. D. h. h. Die gemischte Deputation hat die Anträge Senger abgelehnt. Eine Partei, die den Glauben an Gott, den Patriotismus und das Nationalgefühl längst zum alten Eisen geworfen hat, die noch in Erfurt auf ihrem Parteitag erklärt hat, mit der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht zu thun haben zu wollen, die sie gewaltsam umstürzen will, kann sich nicht wundern, daß man ihren Anträgen in der Kommunalverwaltung von Berlin mit Beforgnis und Reserve gegenübertritt. Durch die Anträge Senger zieht sich der Städte-Ordnung durchaus widersprechende Geboulde, daß auch der Arbeitsfähige Unterstützung von der Stadt verlangen kann, wenn er will. Das ist ein gefährlicher, verhängnisvoller Grundsatz; principia obsta! Legen Sie nicht die Beschlüsse in die Städte-Ordnung! Sie verlassen damit den festen Boden unter Ihren Füßen und kommen ins sozialdemokratische Fahrwasser. Das Unglück wolle Gott von Berlin fern halten! (Unruhe.) Um so dankenswerther ist es, daß der Magistrat den Vorschlägen der Ausschüsse, welche das Dasein der Arbeitsfähigen erleichtern soll, sofort zugestimmt hat. Redner erläutert darauf die einzelnen Vorschläge des Magistratsantrages. Der Senger'sche Wunsch, sämtlichen Gemeindefachleuten ein warmes Frühstück zu verabreichen, sei schon des Kostenpunktes wegen bedenklich, er würde täglich auch bei einem Preise von nur 5 Pf. 9000 M. kosten. Der bloßen Theorie halber auch dem Nichtbedürftigen das Frühstück zu geben und dafür ca. 1 Million zu opfern sei eine Ungehörlichkeit.

Stadtv. Hamstau erklärt sich für die Vorlage.

Stadtv. Senger: Dem Stadtv. daß ich es wohl bios darum zu thun gewesen, seine Rede, die er bei Verabreichung meiner Anträge nicht halten konnte und die ihm seit vielen Wochen schwer am Herzen gelegen hat, heute nachzuholen. Er hat in der Rolle der Kalandria vor der Annahme meiner gar nicht mehr vorhandenen Anträge gewarnt und auch für notwendig befunden, politische Gesichtspunkte in diese Fragen zu tragen, die nach unserem Willen jedes politischen Charakters entleiden bleiben sollten (Lachen) — ja, wenn wir so zueinander stehen, daß Sie meine Versicherungen einfach nicht glauben, dann werden Sie mir nicht verdenken, wenn ich mich auf denselben Standpunkt stelle und Ihnen Versicherungen des Interesses für die ärmeren Bevölkerung ein heftiges Wägheln entgegensetze. Herr Doh hat sublimante Angriffe gegen meine Partei gerichtet. Ueber Geschmach läßt sich nicht streiten, ich habe jedenfalls kaum etwas erlebt, was mir mehr an den Haaren herbeigezogen erschienen wäre. Ich habe das Gefühl, daß, nachdem es am Dienstag nicht recht gelungen ist, die Sozialdemokratie körperlich zu vernichten, Herr Doh noch nachträglich versucht hat, einen moralischen Vernichtungsschlag zu führen. (Widerspruch und Zustimmung.) Trotz seiner Tiraden und wehmütigen Aussprüche in die Zukunft vollzieht sich das Geschick unerbittlich, und Herr Doh kann gegen die Einführung kommunal-sozialistischer Grundsätze Reden halten so viel er will, der Tag, der nicht mehr fern ist, wird kommen, wo über ihn und seine Gesinnungsgenossen mit elementarer Macht zur Tagesordnung übergegangen wird. (Heiterkeit und Rufe: Kalandria!) Ich halte es jetzt nicht für angebracht auf diese abgemachten Gemeinplätze einzugehen. (Unruhe; Vor. Langerhaus erklärt diesen Ausdruck für zu weitgehend.) Wenn Herr Doh eine Partei, die bei den letzten Wahlen 1 1/2 Millionen Wähler hinter sich hatte, die jeden Augenblick, wenn der Ruf an sie ergeht, zu den Waffen eilen müßten, eine Partei, die 1870/71 so gut wie jede andere auf den Schlachtfeldern gebuldet hat, mit solchen Vorwürfen überdäut, dann darf er sich nicht wundern, daß es auch wieder so aus dem Wolke herauskommt. Ueber das Programm meiner Partei trete ich mit Herrn Doh in eine Diskussion nicht ein, ebenso wenig über den Erfurter Parteitag, um so weniger, als ich ihn damit auf ein Gebiet locken würde, wo er schon bitter eine totale Unkenntnis bewiesen hat. Wenn meine Anträge gegen die Städte-Ordnung verstoßen sollen, so mag sich Herr Doh zunächst mit dem Magistrat auseinandersetzen und daran denken, daß in einer Reihe von Städten der Gegenstand meiner Anträge, namentlich die Inangriffnahme städtischer Bauten, praktisch durchgeführt ist (Zuschreie.) Ich meine Krefeld und Oberfeld, ob es keine Städte sind oder nicht, ist ganz unerheblich; verstehen die Beschlüsse gegen die Städte-Ordnung, dann müßten sie von Krefeld wegen beanstandet und ihre Ausführung verhindert werden. Der Gedanke, daß die Städte-Ordnung verbieten könnte, einen Notstand abzuhelfen, ist ein so unangeleglicher, daß ich kein passendes Wort dafür finden kann. Mit dieser falschen Voraussetzung fällt aber auch der ganze feste Bau, den Herr Doh darauf errichtet hatte. Herr Doh ist auf die Frühstückfrage eingegangen und rechnet mit einem Minimalpreis von 5 Pf. Ich behaupte, daß im städtischen Hof das Frühstück nicht mehr als 1 Pf. pro Kopf kostet (Lachen und Widerspruch) ja, Sie können mir schon glauben, ich bin auf diesem Gebiete nicht ganz ohne Erfahrung. In unserem Privatlokal für Obdachlose haben wir ja jahraus, jahrein die ganze Verpflegung inkl. aller Generalunkosten mit 51 Pf. pro Kopf und Nacht bestritten. In dem gedachten Verhältnisse würde sich also der Kostenanwand reduzieren. — Bei der absoluten Ausschichtslosigkeit haben wir unsere ursprünglichen Anträge nicht wieder eingebracht; es hieße leeres Stroh drochen, wollten wir bei der hier herrschenden Aufassung von den Verpflichtungen der Gesamtheit uns nochmals damit befassen. Das, was uns an diesen Anträgen Vergnügen gemacht hat, die Rede des Herrn Doh, ist uns ja auch nicht erspart worden; diese Rede zeigt am allerbestimmtesten, wie notwendig es ist, daß andere Anschauungen in der Verwaltung

Platz greifen. Allerdings bedauern wir diese Ausschichtslosigkeit auf der Lebhaftigkeit. Wir halten die Schaffung von Arbeit für das einzige der Stadt würdige und wirksame Mittel, einem Notstand entgegenzutreten (Zuruf: Wählerunterstreifen!); die Beschaffung von Lebensmitteln muß in einer Zeit, wie die heutige, Aufgabe der Gesamtheit sein und es würde der Stadt würdig sein, die billiger und vorteilhafter angekauften Vorräte zum Selbstkostenpreise der Bürgererschaft zur Verfügung zu stellen. Alle Einwände dagegen fallen durch die Erwägung, daß es sich bloß um vorübergehende Maßregeln handelt. Man muß nur den Willen haben, etwas zu thun, nicht aber sich begnügen, von einem Ueberschuß von 8 Millionen eine Million als Almosen hinwegzuwerfen. Als verlässigsten Teil der Vorlage sehe ich Punkt 2 an; die hier vorgeschlagene Erhöhung um 1/3 wird nach meiner Auffassung eine dauernde bleiben, denn die bisher dafür gewährten Summen sind längst nicht mehr zureichend. In dem Punkte der Wärmestuben ist nur bedenklich, daß die Privatwohltätigkeit den Vortritt haben soll; es könnte dadurch eine solche Verlangsamung eintreten, daß die Anlage erst gegen das Frühjahr, wie im Vorjahre fertig wird. Offenlich werden die Wärmestuben über die ganze Stadt verteilt werden. Was Punkt 4 betrifft, so halte ich es von meinem dem Jahre prinzipiell entgegengekehrten Standpunkt für durchaus falsch, die Privatwohltätigkeit in dieser Weise mit städtischen Mitteln zu unterstützen. Sie legen sich dabei selbst in einen Widerspruch; einmal soll die Stadt zur Unterstützung Arbeitsfähiger keine Mittel hergeben, und auf der anderen Seite werden städtische Mittel auf diesem Umwege benutzt, um durch diese Vereine, die die Bevölkerung gegen Verarmung schützen, sie erwerbsfähig erhalten wollen, diesen Zweck doch zu erreichen. Sie geben aus der Kommunalkasse das Geld, befähigen die Privatwohltätigkeit, mit kommunalen Mitteln zu arbeiten, verringern ihre Eust, aus eigenen Kräften etwas zu thun — und ganz naturgemäß hat sich bei allen diesen Vereinen eine Reihe von Kostgängern herangebildet, wo erst noch untersucht werden müßte, ob sie auch zu denen gehören, denen diese Mittel zugewendet werden sollen. Die Vereine werden einen Sturm auf die Stadthauptkassse eröffnen, und wahrscheinlich werden die Freunde der Vorlage dann später im stillen Kämmerlein sich gefreuen, daß doch der Stadt selbst mit ihren Organen die Verwendung der 400 000 Mark vorgenommen hätte. Wenn man das Kapital um 500 Vellen verdedren will, so wird man damit erst dem Anforderniß entsprechen, wie es heute schon besteht, denn es ist doch ein jeder hygienischen Rücksicht bedingender Zustand, wenn in einem Hof für 500 Personen 1500, 1600 Menschen Aufnahme finden. (Lebhafter Widerspruch.) Lesen Sie doch die Verwaltungsbücher! Trotz aller dieser Einwendungen stimmen wir für die Vorlage, weil durch sie unsere Wärmestuben nicht erfüllt werden, aber sie doch geeignet ist, den vorerwähnten Notfällen einigebildet zu verschaffen. Der Herr Doh hat gegen unsere Anträge nicht mit seinem Eingreifen für die Vorlage wenig im Einklang. Bei seinem warmen Herzen für die nothleidende Bevölkerung hätte doch er oder die Majorität solche Anträge bringen müssen. Die Vorlage des Magistrats ist nur eine Frucht unserer Anträge; infolge unserer immerwährenden Vorwärtstreibungen ist ein kleiner Fortschritt gemacht. Was hier geboten wird, ist besser als gar nichts und darum stimmen wir dafür. Herr Doh hätte gar nicht nötig gehabt, uns unsere Schlechtigkeit so nachzuweisen, weil er ja doch eine ganze Reihe unserer Anregungen zu den seinigen gemacht hat (Heiterkeit).

Nachdem noch Stadtv. Cassel die Vorlage verteidigt und im Punkte der Bauten und der Frühstückfrage mit dem Vordredner polemisiert hat, wird die Vorlage auf Antrag Spinola fast einstimmig angenommen.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Der Magistrat von Berlin will bekanntlich von einem Notstand unter der ärmeren Bevölkerung nichts wissen. Um zu beweisen, daß es sich herrlich und prächtig in Berlin lebt, hat die städtische Notstands-Deputation die Protokolle über die Verhandlungen in ihren Sitzungen drucken lassen. Diese Protokolle sind wahre Kabinetsstücke, ausgearbeitet nach dem schönen Sprichwort: 'Wasch' mir den Pelz, aber mach' mir ihn nicht naß.

Da hat sich also die Inanspruchnahme der Armenverwaltung nur im mäßigen Grenzen gesteigert. Das sei durchaus nicht lesorgüherrlegend, weil nach der Statistik der Krankenklassen die Zahl der wirklich in Arbeit Stehenden zugenommen habe. Das letztere ist doch ganz erklärlich, denn jeder Arbeiter muß eben eine Klasse angehören und daß die wirklich in Arbeit Stehenden nicht auch von einem Notstand betroffen werden können, troß dem sie der Klasse angehören, läßt sich doch nicht so schlankweg behaupten. Die Deputation hätte uns halbes Material vorgelegt sollen, aus dem zu ersehen ist, welches die 'mäßigen Grenzen' sind, in denen die Steigerung der Inanspruchnahme der Armenverwaltung erfolgt ist. Ein Vergleich mit früheren Jahren hätte ein sicheres Resultat ergeben müssen, ob und wie hoch die Zahl der Unterstügten und die Zahl der um Unterstützung Nachsuchenden gestiegen ist.

Die schleunige Inangriffnahme städtischer Arbeiten in großem Umfange wird für 'unzulässig' erklärt, da der Magistrat über die Grenze des konkreten und gedeckten kommunalen Bedürfnisses nicht hinaus gehen will. Nachdem die Deputation einen Notstand abgelehnt hat, wor dieser Beschluß allerdings ganz folgerichtig. Der Magistrat sieht durch eine rotenfarbene Brille, es ist Alles gut und schön, der Magistrat kann ohne Befehrwender weitere Festnahme arrangieren, Brunnen schenken, Wandgemälde aufertigen lassen, — dazu ist Geld da in Hülle und Fülle und das 'konkrete und gedeckte kommunale Bedürfnis' wird schon auch irgend ein juristisch vorgebildeter freisinniger Stadtvater nachzuweisen im Stande sein.

Jetzt fördert das Protokoll folgendes Kabinetsstück sozial-politischer Weisheit zu Tage: Was den beantragten Ankauf von Lebensmitteln und Heizmaterial im Großen und Abgabe zum Selbstkostenpreise, sowie die Organisation einer unentgeltlichen Verteilung von Lebensmitteln, Heizungsmaterial und Kleidung betrifft, so sei hlt dafür zur Zeit die thatsächliche Voraussetzung: einer akuten, plöthlich und heftig auftretenden, oder doch in sicherer Aussicht stehender Notstand — sei hlt. Aber auch abgesehen davon, birgt der Ankauf von Lebensmitteln und Heizungsmaterial im Großen die Gefahr großer und plöthlicher Preisveränderungen zu Ungunsten der Konsumenten in sich, welche an der Uebervertheilung nicht theilnehmen.

Der Notstand fehlt also, — das wird hier nochmals hervorgehoben, es steht auch kein solcher in Aussicht! Wenn man diese optimistischen Anschauungen lieh, so können wir nun den Wunsch hegen, daß sich dieselben erfüllen möchten, — es wäre zu schön. Die Rücksichtnahme des Magistrats für die Konsumenten, welche an der Naturalienvertheilung nicht theilnehmen, hat etwas Sührendes an sich: eine kapitalistische Kröche haßt der anderen kein Auge aus!

Auch ein Stück Statistik führt das Protokoll ins Treffen: weil die Zahl der Mitglieder der verschiedenen Krankenklassen eine hohe ist und von Monat zu Monat zunimmt, — giebt es noch lange keinen Notstand. Dazu aber hat noch der Zentralverein für Arbeitsnachweis gegen — 8254 Arbeitern Arbeit nachgewiesen, von denen 353 die Arbeit ausschlugen, theils wegen der Höhe des Lohnes, theils wegen der zu entfernten Lage der Arbeitsstelle, theils wegen anderer den Arbeitnehmenden nicht konvenirenden Bedingungen, — sind das abschreckende Beweise!

Betreffs der Höhe der Preise wird konstatiert, daß die Fleischpreise etwas gesunken seien, daß aber die

Wagenbrotpreise um 28 pCt. höher waren als im September 1890, die

Kartoffelpreise sogar um 38 pCt. höher als in demselben Monat des Vorjahres!

Allerdings sind, so heißt es schließlich, diese Preisverhöhnungen nicht nur in den arbeitenden Klassen fühlbar. — Ja soll denn für die besitzenden Klassen eine Extrawurst gebacken werden? Weil eben die Preise in ihrer unerhörten Höhe sich in allen Kreisen fühlbar machen, deshalb werden ja für die Arbeiter, die am schwersten damit belastet werden, Vorkehrungen und Maßregeln verlangt, die den beschäftigungslosen Arbeitern und dem Verhungern schäden!

Am Ende der magistratischen Vitanei wird die Inangriffnahme weiterer städtischer Arbeiten zugefagt, 'Sobald es die Umstände zulassen.'

Auf dieses wunderbare Erpöse hat die Arbeiterschaft ihre Antwort bereits ertheilt: die Wahlen am Dienstag haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie im 'Rothem Hause' immer mehr festen Fuß faßt.

Ein gewaltiger Inzug von Arbeitslosen fand vergangene Woche nach Spandau statt infolge einer Zeitungsnotiz nach welcher in den königlichen Werkstätten in Spandau Arbeiter eingestelt würden. Die Werkstätten waren des Morgens in aller Frühe schon von Hunderten von Arbeitnehmenden sichtlich angefüllt. An einem der letzten Tage betrug der Morgen zu der Zeit die Zahl der Beschäftigungslosen von der Artilleriewerkstatt mit über 100 Mann, um 8 Uhr hatten sich am Feuerwerks-Laboratorium über 300 Personen versammelt in der Hoffnung, Arbeit und Verdienst zu erhalten. Die Hoffnung war eine vergebliche, die Leute mühten sammt und sonders unverrichteten Dinge wieder abzugeben.

Die Zeitungsnotizen von den vielen Besatzungen waren also bedeutend übertrieben, es kann sich nur um die Reuanstellung von einigen wenigen Arbeitern gehandelt haben. So hat einer unserer Abonnenten folgende Postkarte aus Spandau erhalten: Kommen Sie morgen nach hier, wenn es Ihnen paßt. Unruhig Sie gleich eintreten. (Verdienst 24 M. pro Woche.) Fragn Sie nach mir beim Portier. K. Geschüglererei Spandau. W..... Nächsten Tages fuhr ich, so schreib ich meinem Abonnent weiter, sofort nach Spandau und meldete mich vor dem dortigen Lokal. Da ich nicht genügend Papiere bei mir hatte, wurde ich für den folgenden Tag wieder bestellt, wo ich dann gleich ärztlich untersucht werden sollte. Am nächsten Tag brachte ich meine sämtlichen Papiere, auch den Militärpaß, mit. Ich wurde von Stunde zu Stunde vertrödel't, — endlich erhielt ich meine Papiere zurück, weil ich 'zu schwach' sei. Noch drei Arbeitstage waren da, denen es nicht besser erging. Bei den ersten hieß es einfach: 'It Nichts, beim Zweiten erfolgte der gleiche Bescheid und der Dritte, ein Mann von etwa 40 Jahren, war zu 'alt.' Wir wanderten also wieder fürdab gen Berlin, um eine Hoffnung ärmer. Ich will schließlich noch bemerken, daß ich drei Jahr als Soldat gedient habe, dazu also war ich nicht 'zu schwach', — auch zum Steuern zahlen traut man mir die Kraft zu. Ich theile Ihnen diesen Fall mit zur Warnung für diejenigen, denen es an Zeit gebricht, auf der Arbeitsuche in Spandau einige Tage umsonst vertrödel't zu können.

Die 'Freisinnige Zeitung' behauptet in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß die Sozialdemokraten beabsichtigen, bei den Stichwahlen für die Stadtvorordneten-Versammlung die antisemitisch-konservativen Kandidaten gegen die Freisinnigen zu unterstützen.

Es hieße dieser unsinnigen Annahme zu viel Ehre erweisen, wollten wir sachlich etwas erwidern. Herr Richter zeichnet sich weniger durch sichere Quellen als durch die Dreistigkeit aus, worin welcher er falsche Nachrichten in die Welt setzt.

Zu einem lärmenden Aufritt kam es vorgestern nach Schluß der Vorstellung im Theater des Lessing-Theaters. Wägenliche Blätter berichten hierüber: Beim Auszuge attackirte die sich der Redolteur des 'Berliner Börsen-Kourier', Herr Klausner, den Schriftsteller Maximilian Harden, welcher ihn in einem Zeitungsartikel beschimpft haben soll, und versetzte seinem Gegner einige Faustschläge ins Gesicht, so daß Herr Harden, der sich mit seinem Regenschirme wehrte, aus mehreren Wunden blutete. Die Polizei verbanderte durch ihr rasches Einschreiten einen Thätigkeitsfall und entließ die beiden Herren, nachdem sie deren Persönlichkeiten festgestellt hatte.

Es wäre wirklich zu wünschen, daß der Herr Klausner einmal einem Manne in die Finger fiele, der ihm auch ohne Willkür eines Schiedsmannes so die Wege wies, daß er für viele Reiten von seinen Rippeleien kurirt wäre. Der Vorfall in seiner Zeitung allerdings alle Ehre, und gleiche Brüder — glückliche Rappen, kann man hier mit vollem Recht sagen.

Reugen gesucht. Ein Schalterbeamter vom Schleffebahnabtheil. verheirathet und Vater von vier kleinen Kindern, beschuldigt, Arbeiter-Wochen-Fahrtkarten nach Spandau zu verkaufen, welche aus den Beständen einer Billetterkäuferin wendel werden sind. Er bestreitet den Diebstahl und behauptet, daß ihm eventuell die nicht zu seinen Fahrkarten gehörigen Wochenfahrkarten zwischen seine Fehände geflossen wurden. Die Beamte ist in erster Instanz verurtheilt worden, hat aber Berufung eingelegt und sucht nun auf diesem Wege die Käufer der Arbeiter-Wochenfahrkarten Nr. 6414 und 6694, welche in der Woche vom 10. bis 17. resp. 18. bis 25. Januar d. J. im Spandau fahren und damals dort in der Gewehrfabrik, Schießgasterei, Munitionsfabrik oder dergl. beschäftigt waren. Der Verkäufer der ebenfalls für die Entscheidung der Angelegenheit wichtigen Fahrkarte Nr. 6415 ist bereits ermittelt; er hat versprochen, daß er die Karte seinerzeit nicht von einem Schalterbeamten, sondern von einer Billetterkäuferin erhalten hat. Auch der Inhaber der Karte Nr. 6694 hat seinerzeit dem Schaffner mitgeteilt, daß er seine Fahrkarte nicht von einem Herrn, sondern von einer Dame gekauft habe. Dieser Inhaber von Karte Nr. 6694 ist dann aber dem Schaffner aus dem Auge gekommen. Da nun von seiner Aussage sowie von der des Käufers der Fahrkarte Nr. 6414 für den verurtheilten Beamten Alles abhängt, so werden beide hierdurch dringend ersucht, ihre Adresse der Redaktion des 'Kleinen Journals' anzugeben. Adressen auch bei beiden Käufer vor Gericht beschwören, daß sie die Karten von einem Herrn, sondern von einer Dame gekauft, so würde damit die Unschuld des Beamten bewiesen.

Ein 'anrüchiges' Geschäft hatte sich der Doctordr. Storitto, Oranienburgerstr. 14 wohnhaft, gegründet. Er hat in diesem Blättern zunächst ein Dienstmädchen gegen Auszahlung dieses verlockende Angebot hin meldete sich denn auch eine unverheirathete Auguste Z. und erbielt auf ihre Anfrage der Sicherheit die Auskunft, daß St. am 1. November d. J. eine Fabrik zur Herstellung künstlichen Düngers errichten werde, deren Betrieb hohe Summen durch die Hände der Z. zu fließen würden. Die Genannte hinterlegte denn auch 400 M. und die Stellung an. Vor einigen Tagen schiedener St. durch die Johannstraße und bezogener dort einem Maurer, welchem sofort als den Polier Meyer begrüßt. Als dieser nun erfuhr, meher Polier zu sein, noch kleiner zu heißen, und gleichzeitig daß er sich Schulze nenne und Arbeit suche, da war St. d. J. erfreut, ein gutes Werk stiften zu können. Er bot Schulze die Stellung eines Reisenden in seiner Fabrik an, natürlich gegen eine Sicherheitsleistung, machte auch mit ihm eine Reise nach Indem er sich mit der Station von 200 M. — mehr hatte Schulze nicht — zufrieden erklärte, Schulze erbielt nun die Stellen-Taubenhöden zu ermitteln und mit deren Inhabern die Lieferung von Taubendünger abzuschließen. Nachdem dies auf unpassender Weise geschehen war, mußte der neue Reisende demselben Citer die Lieferung gebrauchter leerer Säcke liefern.

welche der Guano verpackt werden sollte. Dann sollte aus- reichendes Fahrwerk beschafft werden, und es folgte eine An- weisung auf die andere, ohne das aber Gehalt gefahrt wurde. Schulte, welcher sich schließlich durch die ihm in Aussicht gestellte Sanierte nicht mehr vertreten lassen wollte, machte Anzeige gegen den Fabrikherrn, und es ergab sich, daß Floritta ein alter Huchhändler ist, dessen Vergangenheit ebenso arbeitslos ist, wie das neu zu gründende Geschäft. Die Kaution Schulze's, wie auch diejenige des Dienstmädchens war aber bereits verbraucht. Floritta ist verhaftet worden.

Stechbrieflich verfolgte Herzte. Ein Stechbrief wird soeben vom ersten Staatsanwalt in Keunow in hiesigen und medi- zinschen Zeitungen erlassen; derselbe lautet: „Gegen den Dr. med. Theodor Bloomenthal, geboren am 28. April 1838 in London, zuletzt praktischer Arzt in Wegsdorf, Kreis Neuwied, vordem zu Niederlefenbach (Nassau), Weg, Sonnen- burg, Neuden, Offenburg u. s. w. u. s. w. ist wegen Betruges, Erpressungsversuches und Verletzung fremder Geheimnisse gerichtlicher Hastbefehl erlassen. Bloomenthal ist flüchtig und hält sich zur Zeit in London auf. Ich ersuche im Betrugsfälle um Verhaftung und Mittheilung.“ Die „Pharm. Ztg.“ bemerkt hierzu: Es dürfte wenig deutsche Apotheker flüchtiger Orte geben, denen der Name des Dr. Bloomenthal in Folge der Zeit nicht bekannt geworden wäre. Seit länger als einem Jahrzehnt betrieb der Genannte das Arztgeschäft „im Umherziehen“, überall als englischer Arzt anfänglich sehr gesucht, aber bald als Charkotan erkannt. Die Zahl der kleinen deutschen Städte, welche er so nach einander, literaal nur wenige Wochen oder Monate verbliebend, heimgesucht hat, dürfte weit über 100 betragen. Ferner erläßt der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht Berlin I einen Stechbrief gegen den praktischen Arzt, Dr. med. und phil. Gustav Joseph, zuletzt hier, Chausseest. 29, woh. haßt. Derselbe hält sich vorzogen und es ist gegen ihn die Untersuchungs-haft wegen Urkundenfälschung und Betruges verhängt worden. Joseph hatte einem hiesigen Kunstkauflator einige Stücke zur Verwertung in Auktionswege übergeben und diese mit gefälschter Unterschrift an hiesige Kommissäre zu- schrieben gerichtet, in denen sie zur Erwerbung der Bilder bis zu einem festgesetzten, ansehnlichen Preise aufgefordert wurden. Die detrogenen Kommissäre, welche die Stücke zu diesem Preise kauften, erlitten Strafanzüge und Dr. J., der bekanntlich vor längerer Zeit in Breslau wegen Marktvertheilung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt worden war, wurde zur Verantwortung gezogen. Er trat jedoch, wie jetzt be- kannt wird, bald nach seiner Vernehmung im Juli dieses Jahres eine Reise an, von der er bis heute nicht zurückgekehrt ist, so daß namentlich die Staatsanwaltschaft den Stechbrief gegen ihn erlassen hat. In demselben wird der Gläubiger folgendermaßen beschrieben: Alter 62 Jahre, geboren am 17. Dezember 1825 in Tylgrensurth, Größe 1 Wtr. 68 Ztm., Religion mosaisch, Statur unterlegt, Haare lang, graumelirt, Schnurrbart, Augenbrauen grau, Augen blau, Nase gewöhnlich, Mund: dicke Oberlippe, Zähne vollständig, Rinn gewöhnlich, Gesicht rund, Gesichtsfarbe blaß, Sprache deutsch. — Die Familie Dr. Josephs bewohnt noch die zweite Etage in der Chausseest. 29; sie will nicht davon unterrichtet sein, wo sich Dr. J. zur Zeit aufhält.

Weispiellose Verschwendungssucht und noble Passionen haben den Buchhalter S., der in einer Holzhandlung in der Tegelerstraße beschäftigt war, zu Unterschlagungen im Betrage von 7000—8000 M. verleitet. Der Inhaber des Geschäfts hat seit einiger Zeit die Wahrnehmung gemacht, daß ihm größere Kassendefizite fehlten, und auf seine Veranlassung wurden infolge dessen die in seinem Geschäft tätigen jungen Leute beobachtet. Da stellte es sich bald heraus, daß der Buchhalter S., der an Gehalt und Tantieme jährlich gegen 2400 M. bezog, einen Auf- wand trieb, der in keinem Verhältnis zu seinen Einnahmen stand. Er hatte eine Geliebte, in deren Gesellschaft er in einem hiesigen Reittanzen- und Reitunterricht nahm, wofür er in den letzten vier Monaten nicht weniger als 400 M. bezahlt hat, und um dem Mädchen Gelegenheit zu geben, in „Händemähiger“ Kleidung in der Reitbahn zu erscheinen, hatte er ihr für 150 M. ein Reitkleid gekauft, während er für seine eigene Person durch die Beschaffung von drei Paar Reitohren gefordert hat, die 156 M. gekostet haben. Doch hat S. es noch ärger getrieben. Er hat mit seiner Ge- liebten Reittourten nach Potsdam unternommen, die für die Ver- mägung der Pferde allein 60 M. kosteten und in Potsdam hat er sich 15 Musiker des 1. Garderegiments kommen lassen, denen er für ein Konzert 80 M. gezahlt hat. Da die Ausgaben, welche der S. über den Erwerb der verschwendeten Summen machte, zum Teil nachweislich unehrlich waren, zum Teil sehr unwahrschein- lich klangen, so ist er verhaftet worden.

Einen merkwürdigen Fall bildet ein Leichenfund. Am 7. Oktober d. J. wurde auf der Berlin-Potsdamer Chaussee in unmittelbarer Nähe der Brand'schen Maschinenfabrik in Stolpe ein Mannes Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes mit bei Wanne die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes mit einem Schuß in der rechten Schläfe angetroffen. Das ganze Aussehen sowohl, als auch zahlreich vorhandene auf der linken Wange liehen darauf schließen, daß der Verlorene eine albanesische Laufbohrer hinter sich hatte. Daß derselbe außerdem in Berlin wahrscheinlich seinen Wohnsitz gehabt hat, weist sein Leberzeichen nach, welcher die Form eines bekannten Schneiders trägt. Nichts desto weniger hat die Persönlichkeit des mutmaßlichen Selbstmörders bis zur Stunde nicht festgestellt werden können. Eigenhümlich ist es, daß die Leiche aus der Wäsche herausgetrennt waren. Der hiermit vielleicht beabsichtigt gewesene Zweck, als unbekannt beerdigt zu werden, ist bisher völlig erreicht worden. Der Verlorene hatte schwarzes Haar und einen starken, schwarzen Schnurrbart.

Polizeibericht. Am 18. d. M. Morgens wurde ein Maurer in seiner Wohnung in der Hagenstraße erhängt vorgefunden. In der selben Zeit stürzte sich eine Frau aus einem Fenster ihrer im zweiten Stock des Hauses Hufschmiedestraße 15 belegenen Wohnung auf den Hof hinab und erlitt außer bedeutenden Ver-letzungen des Rückgrats einen Armbruch, so daß ihre Ueber- führung nach der Charité erforderlich wurde. Gegenüber dem Grundstück Scharnhorststr. 34 sprang nachmittags ein 18jähriger Knabe in den Spandauer Schiffahrtskanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Augustina- spital gebracht. — Am Rosenhäger Thor wurde Abends ein Hopttal stehender Schumann von einem Bierwagen über- fahren und am Arme bedeutend verletzt. — Morgens fand in dem Dachstuhl des Hauses Leberstr. 45 ein Brand statt. Mehrere Bewohner desselben konnten nur noch unter großer Schwierigkeit durch die Feuerwehrr in Sicherheit gebracht werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Möbelhändler Emil Braun stand gestern wegen Unterschlagung vor dem zweiten Strafhammer des Landgerichts I. Der in der Oranienstraße wohnhafte Schlächtermeister Baumgart ist als Beschwoender erklärt und entmündigt worden. Als Pflieger wurde ihm der Rechtsanwalt Winterfeldt gestellt. Am Abend des 23. Dezember d. J. erfuhr der Bureauvorsteher des genannten Rechtsanwalts, daß aus der Baumgart'schen Wohnung Möbel- stücke fortgetragen und auf einen Wagen geladen wurden, der an- nächsten nächsten Strafhandlung halte. Der Bureauvorsteher über- legte sich von der Wahrheit dieser Mitteilung, er trat den Angeklagten bei dem Wagen, auf welchen gerade ein Piano geladen wurde. Die Frage, ob das Instrument aus der Baumgart'schen Wohnung komme, wurde bejaht. Darauf theilte der Bureauvorsteher dem Ange-

klagten mit, daß Baumgart entmündigt und dessen Verkaufs- abschlüsse somit keine rechtliche Gültigkeit hätten. Der Angeklagte erwiderte, daß dies Niemanden etwas angehe, er habe die Sachen gekauft und bezahlt, er könne auch darüber verfügen. Es sind von ihm ein Piano, ein Buffet und ein Tisch für den Gesamtpreis von 283 Mark erstanden worden, für die beiden ergründeten Gegenstände hat der Angeklagte 470 Mark wieder- erhalten und somit ein gutes Geschäft gemacht. Die Unterschlagung des Angeklagten, daß er beim Abschluß des Kaufs von der Entmündigung des Verkäufers keine Kenntnis gehabt, hielt der Gerichtshof keineswegs für stich- haltig. Nachdem dem Angeklagten durch den Bureauvorsteher Aufklärung geworden, durfte er die Sachen nicht weiter ver- käufen. Die Handlungsweise des Angeklagten sei keineswegs milde anzusehen und deshalb zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt worden.

Wegen Verbreitung unzulässiger Schriften stand gestern der Buchhändler Kahla u vor der I. Strafkammer des Land- gerichtes I. Es handelte sich um verschiedene Bücher unzüchtigen Inhalts, die der Angeklagte in einer Weise vertrieben hatte, daß sogar das Publikum daran Kergerniß genommen. Der Angeklagte hatte sogenannte „Re- klamezeiteln“, welche die Titel der fraglichen Bücher enthielten, auf der Straße vertheilt lassen, und diese Zettel waren halb- wöchentlich nach der Hand gerathen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängniß, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht wurde. Der Verurtheilte wurde vorläufig gegen eine Kaution von 1000 M. auf freien Fuß gesetzt.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die Lithographen, Steindruck- und Verlags- genossen Berlins! Kollegen! Die in der Versammlung am 9. November im Bismarck'schen Brauhaus zur Ausgabe von Sammellisten zum Buch- druckerkreis gewählte Kommission hält es für ihre Pflicht, Sie nochmal auf die ungemein große Wichtigkeit, die ein erfolgreicher Abschluß des Buchdruckerkreises für alle gewerblichen Berufe hat, aufmerksam zu machen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich alle Kollegen unserer Gewerbes mit den Buchdruckern solidarisch erklären, die ja thätiglich auch für uns arbeiten, indem sie hinsichtlich des Neuankommenden uns vorarbeiten. Wenn dieselben infolge ihrer harten Organisation und unterhält durch die ganze Arbeiterschaft in Deutschland die neuzeitliche Arbeitszeit erringen haben, so werden hunderte, ja tausende von Arbeitern den Werth einer festen Organisation erkennen und auch begehren lernen. Unsere Organisation wird dadurch an Mitglieder er- gewinnen, ein erscheinender und kräftiger Geist wird in unfernen Reihen eingehen und unsere Gegner werden mit ihrer beten Redensart: „Es nützt ja doch nichts“, wieder tügen gesahrt sein. Es ist daher die Pflicht eines jeden Kollegen, durch pekuniäre Unterstützung nach Möglichkeit zu diesem Siege beizutragen. Die zu diesem Zweck angefertigten Sammellisten sind bei folgenden Kollegen, wie auch bei den Kommissionsmitgliedern zu haben.

Scherer, Lithograph, Blegnerstr. 21, v. 2 Tr.; Seide, Stein- drucker, Kolbuser Damm 101; Schmidt, Steindruck, Sachmann- straße 1, 4 Tr.; Schäfer, Schleißer, Staligerstr. 78; Braunsdorf, Preiger, Waldemarstr. 40, Hof 4 Tr. Listen sind noch zu haben bei folgenden Herren: Dausch, Schinlestr. 1, Zigarrengeschäft; Krone, Dalsberg- straße 24, Eng. Engländer, Zigarrengeschäft; Brall, Schweinmörder- straße 4, Zigarrengeschäft; W. Rohms, Gilschinerstr. 109, Zigarrengeschäft; W. W. Reinholdsdorfstr. 60, Buchhandlung; Wigel, Gilschinerstr. 18, Restaurant. Wir weisen nicht daran, daß sich auch die thot- kräftige Mithilfe unserer Kollegen bewähren wird und zeichnen mit kollegialem Gruß Die Kommission.

Die Bewegung der Buchdrucker-Gehilfen in Hamburg nimmt im Ganzen einen günstigen Verlauf. In der letzten Versammlung der Gehilfen wurde festgestellt, daß 527 Gehilfen die Forderungen bewilligt erhielten; 261 Gehilfen und 39 Hilfs- arbeiter und Arbeiterinnen traten außer Streit. Von den heran- gezogenen 100 Streikbrechern haben sich bereits 50 den Verband- gehilfen angeschlossen und sind dem Unterstützungsverein bei- getreten. Ein Prinzipal sagte sich von dem Bund der Hamburg- Altonaer Buchdrucker los, sein Personal hat deshalb am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Am gleichen Tage fand in Sogebiel's Etablisement eine von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Reichthums-Abgeordneter v. v. eine Rede über den Zweck und die Bedeutung der Arbeiterkoalition hielt. Die Versammlung erklärte sich ein- stimmig mit den Forderungen der Buchdrucker-Gehilfen einver- standen und sprach sich einmüthig für die moralische und materielle Unterstützung der im Auslande Befindlichen aus.

Zur Aufhebung der vier (nicht drei) streikenden Buchdrucker aus Leipzig erfahren wir, daß die Betreffen- den eine schriftliche Befestigung der Aufhebung allerdings er- hielten. Derselbe lautet: Inhaber dieses Zwangspasses N. N. wird, weil Reichs- ausländer, unter Rückkehrverbot auf ein Jahr aus Leipzig und dem Königreich Sachsen ausgewiesen und hiermit bedeutet, sich ungesäumt von hier auf geradem Wege über die sächsische Landes- grenze zu begeben. Polizei-Amt Leipzig. (Unterschrift unleserlich.)

Wir bezweifeln, daß in diesem Falle die Aufhebung den Voraussetzungen entspricht, welche dem Gesetzgeber bei der Ab- fassung der Bestimmungen über die Ausweisungsbefugniß gegenüber „Ausländern“ vorweben. Unseres Erachtens wird sich das Leipziger Polizei-Amt nicht auf den Kern des Rechts, sondern wie so oft nur auf Formalismen stützen können. Diese freilich sind in Sachsen heutzutage Hauptsache des Rechts, namentlich Arbeitern gegenüber.

Versammlungen.

Die Volkerversammlung, welche am 17. November zu Jock, Andreodstr. 21, einberufen war und von Stadtverordneten Lempe l eröffnet wurde, war überfüllt. Es mußten Tische und Stühle aus dem Lokal entfernt werden. Unter donnerndem Jubel wurden vom Vorstehenden Lempe l die Resolute vom 25., 26. und 27. Bezirk verlesen, und dann hielten die Stadt. Penke und Höpke unter reichem Beifall wirkungsvolle Ansprachen. Da die Resolute aus den anderen Bezirken noch nicht eingelaufen waren, wurde die Versammlung auf 80 Minuten vertagt. Nach Wieder- eröffnung derselben werden vom Vorstehenden die Resolute der übrigen Bezirke verlesen und die Versammlung nahm diese er- streulichen Mittheilungen ebenfalls mit großem Beifall entgegen. Herr Engeler ergab hierauf seine Erlebnisse aus der letzten liberalen Versammlung. Nachdem noch mehrere Parteigenossen gesprochen hatten und eine die Wahl betreffende Resolution ein- stimmig angenommen war, brachte der Vorsitzende ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus, in welches die Parteigenossen donnernd

einstimmten. Mit dem Gesang der Arbeitermarschlied endete die imposante Versammlung.

In der Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der in der Gut- Fabrik- fation beschäftigten Arbeiterinnen Berlin und Umgegend, welche am 12. November tagte, referirte Herr W. Bach über die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Kollege Augustin im Sinne des Referenten. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Stellung der Mitglieder zum Massenaustritt aus der Ortskassenkasse, schilderte Kollege Augustin die Vorkämpfer der freien Hilfskassen vor den Orts- kassen und ersuchte die Mitglieder, sobald es die Kassenbildungs- bedingungen der Ortskasse zulassen, sich einer freien Hilfskasse anzuschließen. In demselben Punkte sprachen noch die Kollegen Bergemann und Grul und Fräulein Oppermann.

In der öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche, welche am 10. November stattfand, hielt Herr Jahn einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die moderne Arbeiterbewegung. Die Diskussion darüber unterblieb. Hierauf schloß sich die Ver- sprechung der Verhältnisse zweier hiesiger Geschäfte, deren Besserung dann erst geschehen kann, wenn sich die betz. Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation resp. der modernen Arbeiter- bewegung angeschlossen haben. Zu diesem Punkt sprachen die Herren L. Krüger, Bergt, Siebeneicher, Sprenger, Femele, Brauer, Grashold, Koopmann und Jahn. Letzterer ermahnte zur kräftigen Unterstützung der Arbeiterorganisationen. Hierauf erstattete Herr Koopmann Bericht über die Berliner Streit-Kontroll- kommission und ersuchte für schleunige thätkräftige Unterstützung der streikenden Webgerber und Handschuhmacher einzutreten. Die gesammelten Gelder wird derselbe Sonnabend Abends bei Seefeld, Oranienstr. 83, entgegennehmen. Mit der Aufforderung, an dieser Sammlung, sowie an der Organisation sich recht stark zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Verein Berliner Handbiener hielt am 10. November eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Bericht vom Sommerfest verlesen wurde. Derselbe ergab, daß trotz des ungünstigen Wetters ein Ueberschuß von 96,70 Mark erzielt wurde. Dann wurden 12 neue Mitglieder aufgenommen, sowie einige interne Angelegenheiten und Unterstützungsgehülfe erledigt, letztere fast ausschließlich in z. h. stimmendem Sinne. In weiteren wurde vom Vorsitzenden bekannt gemacht, daß der Kol- lege W. B. R. Ritterstr. 52, ein altes Mitglied, verstorben ist; das Andenken desselben wurde von der Versammlung durch Er- heben von den streikenden Webgerbern 15 Mark, und zum Schluß wurde vom Vorsitzenden bekannt gemacht, daß die nächste Ver- sammlung voraussichtlich eine gefällige sein werde.

Der Fachverein (Süd-Ost) der Tischler hielt am 11. November eine Mitglieder-Versammlung ab. Der in Aus- sicht genommene Vortrag des Herrn Dr. Ernst Stein mußte, des schwachen Besuchs der Versammlung halber, unterbleiben, dergleichen die Wahl von zwei Mitgliedern der Werkstat- t-Kontrollkommission. Zu dieser Versammlung waren auch die Kollegen der Werkstätten von Wunschel und Lindgreen eingeladen und zum Theil erschienen. In genannten Werkstätten wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit fast regelmäßig überschritten. Das Verhalten der Kollegen wurde von verschiedenen Rednern scharf kritisiert. Man gab dem Wunsche Ausdruck, die Kollegen aus jenen Werkstätten möchten sich dem Fachverein anschließen, und wenn ihnen Nachfeierabend- und Sonntagarbeit zugemutet würde, sollten sie dies dem Verein anzeigen. Derselbe würde dann hinter ihnen stehen, da er es sich zur Aufgabe gemacht hat, seinen Mitgliedern nach Möglichkeit bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Eine Mitglieder-Versammlung der Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, tagte am 9. November. Herr Th. Meyner sprach unter reichem Beifall über das Thema: „Gleiches Recht für Alle.“ In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Im Weiteren wurden die Mitglieder er- sucht, zwei Agitationsmarken zu entnehmen, da in nächster Zeit größerer Anforderungen zu entsprechen wäre. Mehrere Kollegen berichteten dann über die in der Perimeterbranche herrschenden traurigen Lohnverhältnisse. So verdienen z. B. die Knopfmacher in einer Weidenleier Fabrik 8—9 M. bei 11 stündiger Arbeitszeit. Der Vertreter der Drechsler in der Streit-Kontrollkommission er- suchte hierauf die Versammlung um einen Beschluß, so schnell wie möglich die streikenden Webgerber zu unterstützen. Diese Angelegenheit soll in der nächsten öffentlichen Versammlung er- ledigt werden. Am dritten Weihnachtsfeiertag findet im Feen- palast eine Matinee statt.

Werkzeuginstrumenten-Arbeiter. In einer Versammlung des Fachvereins dieser Branche, welche am 9. November stattfand, referirte Herr Bach vor vollbesetztem Saale über die unter- geordnete Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Ein Antrag des Kollegen Seher, den Arbeitsnachweis zu verlegen, wurde ab- gelehnt. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder kritisierte man das Verfahren eines Kollegen, welcher früher Streikbrecher bei Köster gewesen war. Nachdem derselbe aber erklärt hatte, daß es ihm leid thue, damals so gehandelt zu haben, und er versprochen hatte, das Prinzip künftig hoch halten zu wollen, wurde seine Aufnahme in den Fachverein vollzogen. Von einer Diskussion über einen Antrag K. v. H. nahm man Abstand, dagegen ent- stand eine längere Debatte über eine Resolution Kiendörf's, wobei sich eine interessante Meinungsäußerung zwischen den Kollegen Weiser, K. v. H. Schmidt und Sparsfeld über die individuelle Freiheit und ihre Beschränkungen entwickelte. Nach- dem der Vorsitzende noch auf den am 28. November bei Jockl stattfindenden Kongreß aufmerksam gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zimmerer Berlins und Umgegend hielten am 8. November eine öffentliche Versammlung ab. Derselbe hatte auf ihre Tagesordnung die Punkte: 1. Welche Lehre haben die Zimmerer Berlins aus dem Streit der Töpfer und Studententeure zu ziehen? 2. Sind die Zimmerer Berlins gewillt, die Pfändung der Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn im nächsten Frühjahr zur Durchsührung zu bringen? Unterm 1. Punkt wurde von Herrn Hoffmann (Studententeure) Ausschluß über die Sachlage des Streiks gegeben, bei welchem sich das Unternehmertum wieder einmal im ungünstigen Rechte gezeigt hat. Es gelangte hierauf folgender Beschluß zur Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung der Zimmerer erklärt sich mit den Töpfern und Studententeuren solidarisch, da die Forderungen derselben aus rein gesundheitslichen Rücksichten gestellt werden sind, und verpflichtet sich, dieselben mit allen Kräften in materielle und moralische Weise zu unterstützen. Auch erklären sich die Zimmerer in Betreff der Schädlichkeit offener Kassesteuer auf den Punkten mit den Streikenden einverstanden.“

Als Unterstützung wurden den Studententeuren 100 M., welche denselben schon leihweise übergeben waren, überlassen; ferner be- willigte man den streikenden Buchdruckern 50 M. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde nach eingehender Debatte fol- gende Resolution angenommen: „Die heute am 8. November 1891 in der Brauerei tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer verpflichtet sich mit allen Mitteln dahin zu streben, daß im nächsten Frühjahr die Verkürzung der Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 80 Pf. zur Durchsührung gebracht wird, und beschließt auch, dahin zu streben zu wollen, daß die Zimmerer sich einer bestehenden De-

ganisation anschließen und so viel wie möglich zum General-

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und im

Der Fachverein der Tischler (Westen und Südwesten)

Die Arbeiter der Firmenschilder-Branche hielten am

Vereinigung der Drechsler u. Schnitzgenossen (Jahresfest 1892)

Privat-Theater-Gesellschaft „Vertico“ Sonntag, den 22. November

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Deutscher Tischler-Verein (St. Stephanstr.) Jahressitzung

st. Uhr bei Weiland, Bülowstr. 22. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Vereinigung der Drechsler und Schnitzgenossen Deutschlands

Arbeiter-Vereinigung des Reichs und der Provinzen

Depechen.

(Depechen des Bureau Herald.)

Berlin, 19. November. Die „Bergarbeiter-Zeitung“

Paris, 19. November. Die Interpellation des

Paris, 19. November. In einer langen Rede, welche leb-

Paris, 19. November. In den Kohlenruben des Departements

Rom, 19. November. Auf Vorstellung des Deputierten Raffae-

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Königsberg i. Pr., 19. November. Nach den bisherigen

London, 19. November. Die hiesigen Zimmerleute hatten

Briefkasten der Redaktion.

J. Gubrystr. Sie haben Recht, sich über das Benehmen

G. P., Zimmerstr. 37. Wir können Ihnen keine Aus-

Unter den Parteischritten der gestrigen Nummer

Friedberg. Die Broschüre ist leider nicht verwendbar.

H. Sperber. Die Anfrage müssen Sie als Inserat aufgeben.

Rob. Sternkopf. Zur Veröffentlichung ist Befähigung

Friedrichshagen, Lohnkommission der Handschuhmacher.

C. G. Das Inserat kostet 3,00 M.

Sprechsaal.

Die Redaktionen stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür

In der am 18. d. M. abgehaltenen Versammlung des ersten

Wahlkreises hat, nach dem Berichte in Nr. 208 des „Vorwärts“,

Berlin, Holzmarktstr. 8. Dittlie Baader.

Vermischtes.

Breslau, 18. November. Gutsbesitzer Polken in

Kattowitz, 19. November. In der Kohlengrube Jexen bei

Verschiedene Orte des badischen Oberlandes

Rohtabak!

Ich kaufe aus lehr. Einscheid. i. Amsterdam 50 Pfd. Sumatra

Carl Roland, Kottbusser Damm 33.

Bitte, lesen Sie! Jeder, der seinen Bedarf an

Winter-Baletots, sowie Anzüge, einzelnen Röcken,

A. Wergien, Schneidermstr., Schallerstr. 127, gear. 1874.

Bruchbänder, 1079L Gummiwaaren, Leibbinden, Strümpfen,

Sophabezüge! Reste in Nips, Damast, Granit,

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. Ganze Ausstattungen empfiehlt

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. Ganze Ausstattungen empfiehlt

Unserem Genossen Herrmann Rafer,

Unserm Sangesbruder und Kollegen

Carl Duwirdt Dir doch nicht d.

Zur Kenntnismahme der Genossen

Fols. Tage sind noch frei: 29. Nov.,

Wasserpumpen 30" mit 1/2" 7,50 M.

Hofen, Knabenanzüge, Arbeitssocken

Kinderswagen, Andreasstr. 23 D. p.

Destillation ist zu vl. N., Thurnenberger

Möbl. Schlafstelle für Herrn oder

Arbeitsmarkt. Autotypie.

Ein erster Helfer für Autotypie wird

Verfügbare u. Farbige verfertigt

Nachklänge zur Tiller Wahl.

Paris, 15. November 1891.

Wenn es noch irgend eines Beweises bedürft hätte, daß eine Beteiligung an den Parlamentswahlen von ungleich höherem Wert für das Klassenbewußte Proletariat ist als all das Dynamitgeschwätz der Herren Anarchisten, so liefert ihn sicherlich die Tiller Wahl. Diese eine Wahl hat die öffentliche Meinung Frankreichs mehr aufgewühlt und vor allem mehr zu Gunsten der Arbeitersache beeinflusst, als alle Bombenrezepte zusammen genommen. Und doch geben die Anarchisten, die in erster Linie die Wahlenthaltung predigen und dadurch wissenschaftlich oder unwissenschaftlich zu Handlangern der Reaktion werden, sich für größere Revolutionäre als die Sozialisten aus, die jede sich ihnen darbietende Gelegenheit und darum auch die der Parlaments- und Kommunalwahlen zur Aufrüttelung des Proletariats und zur Verbreitung ihrer Ideen benützen. Ich sage wissenschaftlich oder unwissenschaftlich, denn daß viele Anarchisten wissenschaftlich für die Reaktion arbeiten und nicht selten selbst der Polizei hilfreiche Dienste leisten, das ist für denjenigen, der die Erinnerungen des ehemaligen Polizeipräsidenten Andrieux kennt, kein Geheimnis. Und wie dieser Herr die Anarchisten für die bestehende „Ordnung“ zu benutzen wußte, wissen es wahrscheinlich auch seine Nachfolger.

Wem sollte die Wahlenthaltung, wenn die Angriffe auf die Sozialdemokraten auch nützen, wenn nicht den herrschenden Gewalten, wenn nicht der herrschenden Klasse? Kann diese nicht das allgemeine Wahlrecht abschaffen und so unter sich den Staat regieren, wie es ihr beliebt, ohne daß ihr dabei wenigstens die da derb auf die Finger geklopft wird, so kann es ihr sicherlich nur erwünscht sein, wenn diejenigen, die vor allem den Staat abgeschafft wissen wollen, ihr einwillen jene vom Halse schaffen helfen, die ihn zu Gunsten der Arbeiterklasse umgestalten wollen. Das Predigen gegen allgemeines Wahlrecht, Beteiligung an den Wahlen, Erringung der politischen Macht und was sonst noch nach Ansicht der Anarchisten zum „demokratischen Plunder“ gehört, leistet ihr darum bei allen Wahlen ganz vortreffliche Dienste, und zwar um so vortrefflichere, als damit gewöhnlich eine Verächtlichmachung der sozialistischen Kandidaten verbunden ist. Letzteres dient natürlich dazu, um die Stimmen derjenigen Arbeiter, die sich nicht am „Streik der Unruhen“ beteiligen wollen, auf den jeweiligen mehr oder minder reaktionären Gegenkandidaten überzuweisen. Wie es solcherart kommen kann und auch kommt, sah die Herren, welche die „Verrichtung des Staats und des Kapitals“ predigen, den heutigen Klassenstaat stützen und vom Kapital nur höchstens denjenigen Theil vernichten, der ihnen für ihre Angriffe auf die Sozialisten in die Taschen fließt, das hat einer der namhaftesten Anarchisten auch während der Tiller Wahlbewegung gezeigt, indem er in verschiedenen Bourgeoisblättern, welche den Regierungskandidaten unterstützten, für gutes Geld gegen Lafargue loszog. Und dann wundert sich diese Herren, daß die Sozialisten mit ihnen nicht gemein haben wollen!

Während so Anarchisten und Vollblut-Bourgeois Schulter an Schulter gegen die Sozialisten kämpfen, denken diese:

Wirbelwind und trod'ner Koth,
Laf' sie doch'n und stäuben,

und ziehen kampfmüthig ihrem Ziel entgegen, dem sie durch die Tiller Wahl um ein gutes Stück näher gekommen sind. Wären die Bourgeoisblätter, die vor der Wahl Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt haben, um den Kandidaten der Arbeiterpartei zu Falle zu bringen, nun auch so thun, als hätte die Wahl Lafargue's gar keine Bedeutung, als höchstens die, daß die sozialistische Reaktion der Kammer ein Mitglied mehr zähle, so glaubt es ihnen ja doch kein Mensch. Man beschäftigt sich nicht Tag für Tag mit einem Menschen, dessen Wahl so gar keine Bedeutung hat. Man fällt nicht alle Blätter mit größeren oder kleineren Insanien, wenn man nicht selber das Gefühl in sich trägt, daß die Wahl Lafargue's mehr als ein Sieg über Personen, mehr als ein Sieg von lokaler Bedeutung ist. Und in der That hat die Tiller Wahl eine symptomatische Bedeutung. Sie zeigt einen Umschwung der öffentlichen Meinung des arbeitenden Frankreichs, ein Wiedererwachen des französischen Proletariats an. Und nur in dieser ihr inneren Bedeutung finden die Insanien der opportunistischen Blätter und ihrer Ausragegeber ihre Erklärung.

Daschreibt's, S. der „Sicdele“, ein Bourgeoisblatt par excellence: „Wenn der Tiller Wahlbezirk die Macht gehabt hat, das Urtheil des Douai's Gerichtshofes zu annulliren, sowie die Gesetze in deren Namen es gefällt wurde, dann steht man nicht ein, warum nicht morgen ein Marzeller oder Lyoner Wahlbezirk für einen Sozialisten oder Vankertotirer stimmen und mit demselben Streich die das Parlament und den Vankertotirer betreffenden Gesetze abschaffen würde.“ Der „Sicdele“, der damit gemeine Verbrecher und politische auf eine und dieselbe Stufe stellt, vergißt dabei nur, daß, wenn die Arbeiter ebenso niedrig dächten wie dieses Blatt, sie doch nicht in die Lage kämen, für einen Vankertotirer zu stimmen, weil dessen Klassenfreunde und Protektoren schon dafür sorgen, daß wenn der eine oder andere dieser Lumpen, die ja zu den „Stützen der Gesellschaft“ zählen, trotz aller Wachmannen denn doch ins Zuchthaus wandern muß, er wenigstens in Würde begnadigt würde.

Was aber noch insamer ist und so recht die Wuth der herrschenden Ordnungsbände kennzeichnet, ist das Vorgehen des Regierungsblasses „Le Jour“, dessen Chefredakteur, Municipal- und Charles Laurent, nachdem es ihm nicht gelungen war, während der Wahlkampagne, wo er nach Lille geeilt war, um seinem Geknüttelgenossen Depasse beizustehen, Lafargue zu vernichten, ihn nun noch nachträglich in seinem Blatte zu menschenfucht. In hohen, viden Lettern brachte die gestrige Nummer an erster Stelle die über das ganze Blatt gehende marktschreierische Ankündigung: „L'élection de Lille — Un député étranger“ (Die Tiller Wahl — Ein ausländischer Abgeordneter). Nach einer Einleitung, die der „Jour“ unternehmen haben will, soll sich da u. A. bezeugen lassen haben — auf alle sonstigen Insanien einzugehen, würde hier zu weit führen —, daß Lafargue ein „ausländischer Unterthan“ sei. Gehört auf diese „Enquete“, die eine ganze Spalte einnimmt, bringt dann das Blatt einen Artikel: „Wichtige Wahl“, in welchem Herr Laurent die Leser fragt: „Was denken Sie von den Angriffen auf die französischen Republikaner, von der im Schooße der französischen Republik geschaffenen Agitation, kurz, von dieser Wahl eines französischen Abgeordneten“ — das Wort „französisch“ ist in französischen Text ebenfalls hervorgehoben — „zu Gunsten eines Mannes, außerhalb Frankreich geboren, von einem ausländischen Vater und heute außer Stande zu beweisen, daß er einer der Unserigen ist.“

Nun ist Lafargue allerdings in Kuslande (Kuba) geboren, aber von französischen Eltern, die ihre Nationalität niemals verloren haben, wie denn auch seine Heirath — seine Frau ist bekanntlich eine Tochter Marx' — in London auf dem französischen Konsulat stattfand. Wäre übrigens Lafargue kein Franzose, dann hätte ihn das Kaiserreich, das ihn wegen seiner revolutionären Agitation von allen französischen Universitäten ausschloß, so daß er sich gezwungen sah, sein Doktorat in London abzulegen, sicherlich auch des Landes verwiesen, anstatt ihn 1869—1870, wo die revolutionäre Bewegung in Frankreich so hohe Wellen schlug, am Herde der Revolution, in Paris, zu dulden.

Die Klage ist einfach lächerlich und zeigt nur, mit welchen Mitteln die Opportunisten arbeiten und wie sehr ihnen die Tiller Wahl im Magen liegt, die in einer nicht mißzuverstehenden Weise zu erkennen gegeben hat, daß ihre Zeit abgelaufen ist, daß das Volk sie bis zum Stiel satt hat und es nicht mehr länger dulden will, daß die Republik einem Konföderium angehöre, das in ihr nichts als ein „Geschäft“ sieht. Und je ärger dieses Konföderium es treibt, desto schneller und desto gründlicher wird mit ihm aufgeräumt werden, um endlich einer Republik Platz zu machen, in der das allgemeine Wohl oberstes Gesetz ist und die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, anstatt, wie bisher, bloß an öffentlichen Gebäuden zu prangen, sich in den Institutionen wie im Leben der Republik zeigt.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen Berlins!

Der deutsche Schneider- und Schneiderinnen-Verband, Filiale Berlin hatte in einer seiner letzten Versammlungen den Beschluß gefaßt, die in Berlin befindlichen Filialen des Verbandes Norden und Moabit aufzuheben und an Stelle dessen zu bestimmter Zeit Zahlstellen zu errichten. Um in agitatorischer Hinsicht den Mitgliedern des Verbandes Rechnung zu tragen, wurde ferner beschlossen, in den einzelnen Stadttheilen Wanderversammlungen abzuhalten, damit sämtlichen Mitgliedern Gelegenheit geboten ist, sich über das innere Wesen der Organisation zu informieren und auf diesem Wege für den Verband propagandistisch wirken zu können.

Für den Norden trat jener Beschluß sofort in Kraft; für Moabit fand derselbe in der Versammlung vom 18. dieses Monats seine Erledigung, indem im Lokale des Herrn Hermers Schmidt, Verlegerstr. 28a, eine Zahlstelle errichtet wurde, welche jeden Montag Abend von 8—10 Uhr geöffnet ist. Dasselbe werden Beiträge für den Verband, sowie Anmeldungen neuer Mitglieder entgegen genommen.

Wir richten deshalb an alle Kollegen und Kolleginnen, welche ihren Wohnsitz in Moabit haben, die Bitte, möglichst davon Gebrauch zu machen und sich dem Verbande resp. der Organisation anzuschließen, denn nur durch eine frumme einheitliche Organisation ist es und möglich, gesunde Verhältnisse, wie sie sich besonders in Moabit und Norden hinsichtlich unseres Gewerbes bemerkbar machen, beseitigen zu können. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, sich der Organisation anzuschließen.

Gleichzeitig geben wir auf diesem Wege bekannt, daß die erste Wanderversammlung des Verbandes Dienstag, den 24. d. M., Abends 8 1/2 Uhr in Bräuers Salon, Gr. Frankfurterstr. 74, stattfindet und einen Vortrag des Herrn Hohrloch bieten wird. Alles Nähere wird im Annonzenheft des „Vorwärts“, wie an den Plakatsäulen bekannt gegeben, und ersuchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung recht zahlreich erscheinen zu wollen.

Ferner machen wir bekannt, daß für den Stadttheil Moabit zur Erledigung aller unser Gewerbe betreffenden Angelegenheiten allgemeine Natur ein Vertrauensmann ernannt wurde. Die Adresse desselben ist K. Radtke, Wandlstr. 19, bei Herrn Sachl. Wir bitten alle Kollegen in Moabit, etwaige Mittheilungen über Verhältnisse in unserm Gewerbe an den Vertrauensmann gelangen zu lassen.

Die Zahlstellen des Verbandes sind nunmehr folgende: Markgrafstr. 89 im Restaurant Leopold (jeden Morgen von 8 bis 11 Uhr); Verlegerstr. 28a im Restaurant Hermerschmidt (Moabit) und Grenadierstr. 8 im Restaurant Seefeld (jeden Montag Abend von 8—10 Uhr), sowie jeden Mittwoch Abend von 8—10 Uhr im Restaurant Proh, Annenstraße und jeden Sonnabend Abend von 8—10 Uhr im Restaurant Leopold, Markgrafstr. 88. In sämtlichen Zahlstellen können neue Mitglieder aufgenommen werden.

Die Sozialverwaltung.

Aufruf an die Metallarbeiter Berlins!

In der letzten Sitzung der Berliner Streik-Kontrollkommission erklärten sich sämtliche Delegirten der vertretenen Gewerkschaften, nachdem sie Kenntniß genommen von der gegenwärtigen Lage der streikenden Weißgerber und Handschuhmacher, damit einverstanden, daß dieselben für die Zukunft thatkräftiger unterstützt werden als bisher. Kollegen! Die Berliner Streik-Kontrollkommission hat sich gebildet, um den planlosen Streik ein Ziel zu setzen; aber wo gerechtfertigte Streiks entbrennen, dieselben auch voll und ganz zu unterstützen. Um hierin ein einheitliches Verfahren herzustellen, wurde feierlich beschlossen, eine Marke (s. S. 11) einzuführen, welche von allen Gewerkschaften benutzt werden sollte, um die bestehenden Streiks unterstützen, eventuell einen Fonds annehmen zu können. Dieser Beschluß ist von den Gewerkschaften mangelhaft, oft gar nicht ausgeführt worden, und deshalb ist es der Streik-Kontrollkommission nicht möglich, die Streikenden über Wasser zu halten.

Listen sollen nicht aufgegeben werden, die Streikenden selbst sollen nicht sammeln, Alles soll nur durch die Streik-Kontrollkommission geschehen, um dann sind die Gewerkschaften auch verpflichtet, aus ihren Reihen die Opfer aufzubringen, damit die Streikenden ohne Unterschied der Berufsstellung nicht untergehen. Bedenke man, daß Jeder einmal in eine Situation kommen kann, wo er der Unterstützung bedarf.

Kollegen! In der Gewerkschaft der Metallarbeiter wurde nun beschlossen, nur die Marke der eigenen Gewerkschaft zu verwenden und davon 20 pCt. an die Berliner Streik-Kontrollkommission abzuliefern. Dieses System ist wohl ganz zu erdacht, es muß aber auch ausgeführt werden. Bis jetzt sind in der ganzen Zeit des Streiks der Weißgerber und Handschuhmacher nur 200 M. an dieselben abgeliefert worden — ist das eine Summe für zwölf vereinigte Gewerke?

Selbstverständlich liegt dieses nicht am Vertrauensmann, sondern an der mangelhaften Beteiligung der Kollegen am Kaufe der Fondsmarken. Wohl wissen wir, daß eine große Arbeitsnoth herrscht und daß diejenigen, welche arbeiten, oft nur halbe und Dreiviertelsiege beschäftigt werden; aber mehr muß democh geschehen. Thue Jeder etwas mehr seine Pflicht zur Vertreibung der Fondsmarken, ein 10-Pfenniger wird wohl hier und da öfter mal entbehrt werden können. Ziele wenig machen ein Viel. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß auch in unserer Gewerkschaft ein kleiner Streik ausgebrochen, welcher Unterstützung erfordert. Wir bitten Euch deshalb, agitiert kräftig für den Kauf der Fondsmarken! Können wir dann bei der angestrengtesten Thätigkeit die Streikenden anderer Gewerke nicht genügend unterstützen, so werden wir den dafür festgesetzten Prozentsatz erheben müssen.

Es sei hier bemerkt, daß gerade die Weißgerber und Handschuhmacher das Solidaritätsgefühl anderen Gewerken gegenüber stets beibehalten haben, auch gegen uns, und doch müssen sie jetzt sehen, daß sie von den anderen Gewerkschaften im Stich gelassen werden. Wollen wir das oder nicht? Selbst die General-Kommission in Hamburg, an welche die Weißgerber ihre laufenden Beiträge, im Summa 600 M., entrichtet haben, hat denselben jede Unterstützung für die Zukunft versagt.

Darum nochmals, Kollegen, agitire, sammle Jeder nach Kräften, damit wir die Nothleidenden rechtmäßig unterstützen können. Ferner sehen Unterstüzungen größerer Streiks in Aussicht. Für die nächste öffentliche Metallarbeiter-Versammlung haben sich die Delegirten vorbehalten, die Gründe dieses Aufrufs näher darzulegen.

Mit Gruß
Die fünf Delegirten
der Metallarbeiter-Gewerkschaft zur Berliner
Streik-Kontrollkommission.
H. Pehold, Vertrauensmann.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend tagte am 12. November. Dieselbe bot einen Vortrag über Bergangeheit, Gegenwart und Zukunft, welchen der Vorsitzende Karl Wehrend übernommen hatte. Nach einer kurzen Ansprache an die Versammlung führte der Redner ungefähr Folgendes aus: Die großen Agitationsbestrebungen Lassalle's haben den wirksamsten Anstoß zu der modernen Arbeiterbewegung gegeben. Als dieselbe in Fluss war und sich nicht mehr eindämmen ließ, suchte man sie auf andere Weise zu vernichten. Dazu gaben die Attentate Hödel's und Robling's Anlaß. Die Bewegung lag unter dem Druck des Sozialistengesetzes etwas darnieder, doch ist sie aus dem langen Kampf siegreich hervorgegangen. Unsere Aufgabe soll es für die Zukunft sein, die Bewegung auf gesetzlichem Wege vorwärts zu bringen und alle Streitigkeiten unter uns zu vermeiden. Ferner ersuchte der Redner noch, sich fester denn je um das Banner der Organisation zu scharen und weiter zu kämpfen für die Befreiung des Proletariats aus der ökonomischen und politischen Knechtschaft. In der Diskussion sprach Kollege Weise im Sinne des Referenten. Darauf schritt man zur Statutenberathung, in welcher die Vorlage, wie sie vom Vorstand und der Rechtsprüfungskommission angeordnet worden war, mit einigen kleinen Abänderungen und Zusätze Annahme fand. Unter Verschiedenem wurden noch die Lokale bekannt gegeben, in denen die freiwilligen Hilfskassen Beiträge entgegennehmen. Die Lokale befinden sich:

- Im Osten: Müderdorferstr. 8.
- Im Norden: Anklamerstr. 49.
- Röllmerstr. 17 bei Wend.
- Im Moabit: Dreifestr. 3.
- Im Südwesten: Blumenhaferstr. 5.
- Im Südosten: Forsterstr. 11.
- Waldemarstr. 61.
- Im Süden: Voedhstr. 12 bei Haugl.

Die Graveure und Ziseleure hatten sich am 11. November versammelt, um den Bericht der in der letzten öffentlichen Versammlung zur Berathung der Kongress-Angelegenheiten gewählten Kommission anzuhören und die Wahl der Kongress-Delegirten vorzunehmen. Den Kommissionsbericht gab Kollege Blumke. Derselbe theilte mit, die Agitationskommission habe den Kollegen insgesamt den Vorschlag gemacht, im Januar l. J. einen Kongress nach Rassel einzuberufen, um die Frage der Form der Organisation endgiltig zum Austrag zu bringen. Verschieden genug seien die Ansichten über diese Lebensfrage in der neugliederigen Kommission gewesen. Man habe sich am Ende mit einer Stimme Mehrheit für die Zentralisation und den Ausschluß der etwa 5000 in Deutschland arbeitenden Graveure und Ziseleure an den Verband der Gold- und Silberarbeiter entschlossen. Von ca. 1500 in Berlin wohnenden Fachgenossen seien verhältnismäßig nur wenige, in ganz Deutschland etwa 500 Kollegen überhaupt und dabei nur lokal organisiert. Das Blatt „Der Fachgenosse“ solle auf den Umfang von vier Druckseiten herabgemindert werden und fernherhin lediglich Fach-Korrespondenzblatt sein. Eine soge. Diskussion schloß sich an dies Meeres. Die Kollegen Urbach und Suttman traten entschieden für die Sozialorganisation ein. Sie fürchteten im Fall der Zentralisation eine völlige Zersplitterung der infolge der Verschiedenheit des Metiers schon schwer genug zu organisirenden und unter Ein Banner zu scharenden Kollegen. Man solle lieber die bestehenden Sozialorganisationen ausbauen. Buchdrucker Silberberg schilderte dagegen den Segen der Zentralisation, wobei er auf den Verband der Buchdrucker hinwies. Ihn sekundirten die Kollegen Gröbel, Blumke und Helbig. Das Ergebnis der langen Debatte war der Beschluß, sich zentral und selbständig zu organisiren und eine in diesem Sinne lautende gebundene Marschroute den zu wählenden Delegirten auf den Kongress nach Rassel mitzugeben. Aus der Delegirtenwahl gingen hervor die Kollegen Bommer und Helbig und als Ersatzmänner die Kollegen Gröbel und Richter.

Die Teppicharbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am 18. November zahlreich versammelt, um zunächst den Bericht über die Arbeitseinstellung der Teppichweber der Fabrik von Heibisch entgegenzunehmen. Denselben gab Herr Seifert. Danach hat Herr Heibisch fortlaufend den Lohn reduziert. Zwischen den Löhnen die er zahlt und denen, welche andere Teppichfabrikanten gewähren, bestand immer eine auffällige Differenz. In der vergangenen Woche wurden nun wieder Abzüge gemacht, was die Veranlassung gab, daß am 12. d. M. die Arbeiter beschlossen, mit der Forderung einer 30prozentigen Lohn-erhöhung an den Chef heranzutreten. Am Tage darauf wurden plötzlich drei der Kollegen entlassen. Dies wurde von ihren Mitarbeitern als Maßregelung betrachtet und dieselben beschlossen darauf, die Lohnforderung in den Hintergrund treten zu lassen und für die Gemahregelten einzutreten. Eine Deputation der Kollegen vermochte am Sonnabend nicht, Heibisch zu einer Erklärung über den Grund der Entlassung der drei zu bewegen, ja dieser drohte mit der weiteren Entlassung von Kollegen. Als der beschäftigten Weber legten darauf sofort die Arbeit nieder. Als am Montag nochmals einige Delegirte der Streikenden mit Heibisch in Unterhandlung treten wollten, bemerkte dieser, die Entlassenen würden um keinen Preis wieder eingestellt. Wenn ihr Lohn nicht hoch genug sei, so hätten sie ihm dies nur sagen sollen, dann hätte er sie eine halbe Stunde länger arbeiten lassen. Die Herren Hoffmann, Kopp, Spann, Schuster, Petersdorf, Weigelt u. A. vervollständigten die Ausführungen des Referenten. Alle Redner erkannten den Zustand als voll und ganz berechtigt an. Von Herrn Spann, der in der Fabrik von Bader arbeitet, wurde die Konturrenz des Herrn Heibisch gegenüber anderen Fabrikanten scharf beleuchtet und ausgeführt, daß der Fabrikant Bader erklärt habe, bei der niedrigen Entlohnung der Heibisch'schen Arbeiter die höheren Löhne auch nicht länger zahlen zu können. Weiterer Herr Heibisch jedoch zu der Erklärung bestimmten, erst abwarten zu wollen, was die Arbeiter der Fabrik von Heibisch erzielen würden und danach sich dann mit seinen Löhnen richten zu wollen. Herr Spann wies auf die Wichtigkeit dieses Umstandes für die Streikenden hin und ermahnte

wie die anderen Redner zum muthigen Ausdauern. Um die Abzüge der Feilsch zu charakterisieren, seien folgende Zahlen angeführt. Der Lohn für einen Artikel ging im Zeitraum 1890/91 von 4,04 M. auf 3,29 M. herunter, für einen anderen von 3 M. auf 1,90 M.; für einen weiteren von 6 auf 4,90 M. u. s. w. Nachdem Fräulein Wabnitz noch unter großem Beifall gesprochen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den streikenden Kollegen der Teppichwebererei von Feilsch solidarisch und verpflichtet sich, für dieselben moralisch und materiell einzutreten und hauptsächlich dafür zu sorgen, daß der Bezug fern gehalten wird. Unter „Beschwerden“ wurden die Namen der fünf Weber verlesen, welche von Anfang an weiter gearbeitet haben, ebenso die Namen von zwei Anderen, welche erst mit streikten und dann wieder angingen. Einer der Anwesenden machte seinen eigenen Schwager als Streikbrecher bekannt. Es wurde dann noch die Frage der Unterstützung erörtert, zu der hervorragend beizutragen die Kollegen der Bader'schen Fabrik sich verpflichtet haben und darauf die Versammlung mit einem Hoch auf die gesammte kämpfende Arbeiterschaft geschlossen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins am 9. November nahm die von Fr. Prochnow gegebene Abrechnung vom Stiftungsfest entgegen, welche einen Ueberschuß von 101,60 M. feststellte. Hierauf verlas Fr. Niekmann den Kaschenbericht vom letzten Vereinsjahre. Danach betrug die Einnahme 251,27 M., Ausgabe 239,47 M., wovon eine bedeutende Schuldlast, welche der Vorstand aus dem vorigen Jahr mit übernommen hatte, getilgt ist; noch bleibt Bestand 17,47 M. Die Revisoren bestätigten die Abrechnung, wovon der Kassierin Dedjorge Urtheil wurde.

Zum Jahresbericht des Vorstandes ergriß Fr. Fahrwald das Wort, indem sie den Mitgliedern in kurzen Zügen die Thätigkeit des Vorstandes im verflochtenen Vereinsjahr darlegte, dazu bemerkend, mit welchen Elementen und persönlichen Streitigkeiten der Vorstand zu kämpfen hatte; doch das sei überwunden und dem Vorstand nun endlich eine Periode ruhigen, sachlichen Wirkens vergönnt. (Beifall.) Alsdann wurde zur Wahl geschritten; aus derselben gingen hervor Frau Fahrwald als erste, Frau Prochnow als zweite Vorsitzende, als erste Kassierin Fr. Lang, als zweite Frau Hildebrandt, als erste Schriftführerin Fr. Klatzsch, als zweite Fr. Nieger, als Beisitzerinnen Frau Klatzsch, Frau Frohme, Frau Weiskhoff, als Ersatzdamen Frau Sween, Frau Deutschmann, Frau Bawerkst, als Revisorinnen Frau Wör, Fr. Gräfe, Frau Klatzsch. Im Weiteren wurde noch beschlossen, in nächster Zeit ein geselliges Beisammensein abzuhalten, und dann bekannt gemacht, daß am 7. Dezember bei Säcker, Gräner Weg 29, die nächste Versammlung stattfindet.

Eine öffentliche Versammlung der in Buchbinderereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hörte am 11. November einen Vortrag des Herrn Haß über das Thema: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation“. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in dreiviertelstündiger Rede auf das Beste.

In der Diskussion, welche sehr lebhaft war, sprachen die Herren Wabach, Schulz, Töffler, Dahmen und Bogusky im Sinne des Referenten, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: Die heute in Müller's Salon tagende öffentliche Versammlung der in Buchbinderereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erachtet das einzige Mittel zur Besserung der heutigen traurigen Lage im Buchbinder-Gewerbe in einer starken zentralistischen Organisation. Sämtliche Anwesende verpflichten sich den hier bestehenden Vereinen der in Buchbinderereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beizutreten.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, unter den indifferentsen Kollegen und Kolleginnen dahin zu agitieren, daß auch diese dem Verein beitreten. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß Kollege Schulz wegen einer Äußerung über die zwischen Reich und Arm bestehende Ungleichheit nach Schluß der Versammlung verhaftet wurde und nun einer Anklage wegen angeblicher Verächtlichmachung von Staatsanrichtungen entgegensteht.

Die Metallschleifer hatten sich am 13. November in Feuerstein's Salon versammelt, um den bei der hiesigen Firma A. G. Lehmann zusammengekommenen Abwehrstreik zu besprechen. Der Vorsitzende Kimayssel schilderte die anfängliche und noch in einer vor drei Wochen stattgehabten öffentlichen Versammlung lebendig hervorgetretene Begeisterung und Geflossenheit der Kollegen, die leider nur allzu bald der allerersten Stimmung Platz gemacht hätte. Die wöchentlich mit 17 resp. 10 M. unterstützten streikenden Kollegen hätten nicht ausgeharrt, sondern sich, trotzdem viele Andere arbeitslos seien, auf dem Arbeitsnachweis der Preussipale in der Blumenstraße gemeldet. Von den Streikenden selbst sei überdies ebenfalls nur die reichliche Hälfte (9 anwesend), 7 fehlend) anwesend und mußte solch Verhalten ganz entschieden Verurteilung finden.

Von allen Seiten ward diesen Ausführungen zugestimmt und am Ende einstimmig die Aufhebung des Streiks bei der Firma A. G. Lehmann, sowie die Verhängung der Sperre über dieselbe beschlossen.

Die Versammlung schloß mit dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zum Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter (Sachkelle Berlin) fand am 10. d. M. eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Herr Silberberg einen Vortrag über das Thema: „Das Sklaventhum und der freie Arbeiter“ hielt, und am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen der Arbeiterschaft die Organisation als bestes Mittel empfahl, um sich von ihrer Abhängigkeit zu befreien. Die Diskussion gestaltete sich zu einer äußerst regen. Beim nächsten Punkt, Unterstützungsausgaben, beschloß man, einen erkrankten, sowie die Familie eines verstorbenen Kollegen mit je 50 M. zu unterstützen, und nahm einstimmig einen vom Kollegen Holkamp gehaltenen Antrag an, wonach der Vorstand ermächtigt wird, über den Unterstützungsfonds nach eigenem Ermessen zu verfügen, jedoch am Quartalschluß Rechenschaft darüber abzulegen. Hierauf wurde noch dem Kollegen Hebel Rechtsschutz gewährt.

In einer Mitglieder-Versammlung des Zentral-Verbandes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Filiale II Berlin, welche am 11. November tagte, sprach Herr Joseph über die Sklaverei des Alterthums und der Neuzeit. Er entledigte sich seiner Aufgabe in bester Weise, so daß man nur bedauern konnte, daß die Versammlung so schwach besucht war. Zu der Diskussion meinte Kollege Klingenberg, daß der bloße Kapital noch nicht genügt an der Ausbeutung der Arbeiter habe, sondern auch die Verklaunder der Frauen und Kinder fordere; auch beschloß die Redner von dem Entwurf des sogenannten Zweifachgesetzes, falls dasselbe angenommen würde, eine weitere Forderung des Arbeiters. Weiter tadelte Redner den Beschluß einer Berliner Maurer-Versammlung, wonach der ganze 1896 beschlagene und jetzt wieder freigegebene Fonds der Berliner Maurer der Freien Vereinigung der Berliner Maurer zur Verfügung und zur Agitation übergeben werden soll; alle Berliner Maurer hätten ein Recht an den von ihnen gesammelten Fonds und sicher seien nicht alle damit einverstanden, daß dieses Geld für die Untergrabung der deutschen Einheit im Maurer-

gewerbe verwendet werden soll. Unter Verschiedenem wurde auf Antrag Gröppler beschlossen, das Lokal des Herrn Gröndel, Dredenerstr. 118, als Verberge für zugewanderte Kollegen vom Zentral-Verband zu benützen.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Zeitungs-Expediteure und Verkäufer am 16. November wurde ein Antrag des Vorstandes, Wahl einer Kommission zur Regelung des Fachzeitungswesens betr., angenommen und beschlossen, die Wahl in nächster Versammlung vorzunehmen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde abermals über die bei der Ausgabe der Berliner Tagesblätter herrschenden Unzulänglichkeiten Klage geführt und beschlossen, Herrn Hoffe noch einmal hierauf aufmerksam zu machen.

Köpenick. Am 17. November hielt der hiesige Arbeiterverein seine Monatsversammlung in Adershof ab. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Herrn Bruhs über: „Die englische Chartisten-Bewegung“. Da der Referent zur selbigen Zeit nicht erschienen war, besprach man zunächst Vereinsangelegenheiten. Herr Binjorra wendete sich gegen die Wahl zweier Vorstandsmitglieder, welche nicht statutengemäß vor sich gegangen sein sollte und stellte in Bezug hierauf einen Antrag auf Statuten-

3. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 19. November 1891, Samstags.
Kur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

37 95 129 65 96 222 563 918 56 78 1107 214 306 543 65 92 655	291 267 219 336 67 482 622 763 (5000 916 2542 75 82 (5000) 321 498	521 40 48 789 814 26 194 33 4013 62 84 115 50 (5000) 54 (5000) 86 203	497 515 60 636 705 76 92 965 943 5090 98 110 224 48 361 93 403 552	(5000) 603 857 81 928 31 6048 110 19 571 85 659 (5000) 734 44 7033	(5000) 224 78 428 38 623 771 817 8034 174 77 330 457 528 86 93 633	99 (5000) 40 9019 54 239 397 412 510 818 62 926 30 34	10065 182 91 331 75 508 32 673 700 68 11416 519 25 67 613 732	62 971 12117 92 788 13048 99 111 19 35 75 294 369 418 566 66	(5000) 613 45 62 (5000) 763 (5000) 70 805 944 49 14221 37 446 (5000)	55 (5000) 58 59 618 25 15063 (5000) 128 44 275 321 497 99 502 88 695	97 766 927 78 16127 273 92 380 416 518 83 (5000) 623 27 63 729 815	17022 906 483 533 665 738 848 55 18098 307 15 426 43 817 65 19209	77 228 455 638 703 74
--	--	---	--	--	--	---	---	--	--	--	--	---	-----------------------

3. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 19. November 1891, Samstags.
Kur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

4 161 257 (5000) 339 554 812 934 85 1234 68 436 732 (5000) 2027	58 92 400 697 701 94 2187 390 455 650 738 72 831 926 61 1204 489	559 731 946 37 37 5195 240 (5000) 13 (5000) 27 433 95 641 94 310 63	6246 77 11 (5000) 300 49 56 76 90 415 33 89 504 740 (5000) 56 843 7051	1288 325 408 24 504 23 (5000) 24 68 610 13 16 77 889 97 925 38 8230	454 65 535 72 635 43 64 87 829 9004 125 235 306 35 78 82 580 689	736 171
---	--	---	--	---	--	---------

Veränderung, was aber abgelehnt wurde. Man ging dann über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über und nahm die Ergänzungswahl des Kassiers vor; als solcher wurde Herr M. Neufchow gegen zwei Stimmen gewählt. Da dieser bisher als Schriftführer fungirt hatte, mußte letzterer Posten neu besetzt werden. Herr Naumann wünschte, es solle von den beiden neugewählten Vorstandsmitgliedern einer zum Schriftführer ernannt werden, man hielt jedoch den Beschluß der letzten Versammlung aufrecht, wonach der Vorstand aus 5 Mitgliedern bestehen soll, und wählte Herrn K. Wähler mit großer Majorität zum Schriftführer. Darauf erhielt Herr Bruhs, der inzwischen eingetroffen war, das Wort zu seinem Vortrage, welcher beifällig aufgenommen wurde. In der Diskussion sprach Herr Naumann im Sinne des Referenten und nahm dabei auf die Buchdrucker-Bewegung Bezug. Hierauf machte der Vorstand die Adressen folgender Beihilfen des Vereins bekannt: S. Ungering, Grünauerstraße; M. Neufchow, Niegerstraße und beim Barbier Schwann. Es gelangte noch ein Brief aus Schlesien zur Vorlesung, worin um Uebersendung gelehrter Zeitungen gebeten wurde. Die Zeitungen können bei A. G. Giesinger, J. Ungering und Schwann abgegeben werden. Die Parteilosen gebeten, sich daran recht reg zu beteiligen.

3. Ziehung der 4. Klasse 185. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 19. November 1891, Samstags.
Kur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

100000 1 12 14 111 20 60 79 395 547 610 719 31 61 101018 61 91	128 30 206 22 43 96 309 33 (5000) 443 628 627 777 102031 96 (5000)	323 (5000) 856 453 549 51 655 700 65 892 (5000) 905 14 65 10011 88 73	432 (5000) 599 832 81 104215 301 934 38 41 90504 88 245 58 78	402 19 61 626 721 50 (5000) 85 (5000) 106589 459 68 500 (5000) 88 89	551 55 73 80 99 (5000) 713 52 64 (5000) 81 801 33 107290 (5000) 152 35	318 (5000) 904 868 (5000) 612 15 736 888 897 108186 552 303 572 56	66 713 59 100000 14 60 116 71 91 220 55 (500000) 73 91 473 99	(5000) 579 963 (5000)
--	--	---	---	--	--	--	---	-----------------------